



WORTPROTOKOLL

**der 7. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Freitag, 17. März 2006

01.32 Uhr - 04.11 Uhr

Tagesordnung

1. *Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz, Änderung*
 2. *Beschlussantrag, mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird*
-

Inhalt

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 105), mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird (Zahl 19 - 63) (Beilage 122)

Berichtersteller: Mag. P e h m (S. 869)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 907)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 106), mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird (Zahl 19 - 64) (Beilage 123)

Berichtersteller: Mag. P e h m (S. 869)

Annahme des Beschlussantrages (S. 908)

Gemeinsame Debatte:

Redner: Maga. Margarethe K r o j e r (S. 870), T s c h ü r t z (S. 879), Ing. S t r o m m e r (S. 883), I l l e d i t s (S. 887), Landeshauptmann N i e s s l (S. 896), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. S t e i n d l (S. 899), Landesrat B i e l e r (S. 901) und Mag. V l a s i c h (S. 905)

Beginn der Sitzung: 01 Uhr 32 Minuten

Präsident Walter Prior: Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich eröffne die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 105), mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird (Zahl 19 - 63) (Beilage 122);
2. Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 106), mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird (Zahl 19 - 64) (Beilage 123).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 105), mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird (Zahl 19 - 63) (Beilage 122)

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 106), mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl.Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird (Zahl 19 - 64) (Beilage 123)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die beiden Tagesordnungspunkte in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 1. und 2. Punkt erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 105, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, Zahl 19 - 63, Beilage 122.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Pehm.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Georg Pehm: Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Freitag, dem 17. März 2006, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Die von der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer gestellten Fragen wurden von Landesrat Bieler sowie von Herrn Landtagsdirektor w.HR Dr. Rauchbauer beantwortet.

Des Weiteren erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag. Pehm, Ing. Strommer, Mag. Vlasich, Tschürtz und Maga. Margarethe Krojer.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichterstatter. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur auf Grund eines Vorschlages des Präsidenten des Landtages und des darüber mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von der 24-stündigen Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag in zweite Lesung genommen wird, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Antrag in zweite Lesung zu nehmen.

Berichterstatter zum 2. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 106, in dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird, Zahl 19 - 64, Beilage 123, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Pehm.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Mag. Georg Pehm: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz

geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird, in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Freitag, dem 17. März 2006, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Die von der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer gestellten Fragen wurden von Landesrat Bieler sowie von Herrn Landtagsdirektor w.HR Dr. Rauchbauer beantwortet.

Des Weiteren erfolgten Wortmeldungen der Landtagsabgeordneten Mag. Pehm, Ing. Strommer, Mag. Vlasich, Tschürtz und Maga. Margarethe Krojer.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen wird gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichterstatter. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Tagesordnungspunkt mache ich darauf aufmerksam, dass auf Grund des § 59 Abs. 2 GeOLT die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden kann. Nur auf Grund eines Vorschlages des Präsidenten des Landtages und des darüber mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von der 24-stündigen Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag in zweite Lesung genommen wird, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Antrag in zweite Lesung zu nehmen.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es muss einiges zum Verstecken geben, wenn zu so nächtlicher Stunde so eine wichtige Sitzung abgehalten wird. Der Landtag ist immerhin ein Gremium, der für die Öffentlichkeit da ist, wo Dinge transparent werden, wo Dinge an die Öffentlichkeit treten sollen. Die Medien haben offensichtlich durchgehalten und haben sich den langen Abend gegeben. *(Beifall bei den Grünen)*

Aber ich denke, es ist sehr schade, der Öffentlichkeit diese Diskussion vorzuenthalten. Hätte diese Sitzung morgen am Vormittag stattgefunden, wären sicher die Ränge voll gewesen und Sie hätten von Ihrem tollen Verkauf, von Ihrer tollen Verkaufsgeschichte, den Menschen erzählen können. Schade darum. Schade, dass man der Öffentlichkeit das vorenthält und nach mitternächtlicher Stunde so eine wichtige Sitzung abführt.

Zunächst einmal zur Vorgangsweise. *(Abg. Ewald Gossy: Ihr habt hinausgezögert!)* Wie bitte? Ihr könnt vieles machen, aber den Grünen ein Rederecht zu verweigern, das wäre bitte das Letzte. *(Abg. Christian Illedits: Ich habe auch nichts gesagt!)* Gut. Dann ist es okay.

Ignoranz und Arroganz sind die Kennzeichen dieser Regierung. Das ist seit der letzten Wahl passiert. Das ist passiert, seit die SPÖ die absolute Mehrheit hat. Ignoranz und Arroganz sind in diesem Lande eingezogen. *(Abg. Christian Illedits: Das sagen Sie!)*

Bei den letzten Verkaufsverhandlungen waren alle im Landtag vertretenen Parteien eingebunden, aber offensichtlich hat man sehr schnell erkannt, dass die Jubelmeldungen der Regierungsmitglieder beim Verkauf an den Herrn Kovats vielleicht doch nicht ganz so angebracht waren. Heute sind wahrscheinlich alle froh darüber, dass dieser Verkauf damals nicht über die Bühne gegangen ist.

Es hat einen Landtagsbeschluss gegeben, dass die im Landtag vertretenen Parteien eingebunden werden. Wir stellen nicht den Anspruch bei den Verhandlungen eingebunden zu werden. Nein, den stellen wir nicht. Aber wir stellen den Anspruch, ordentlich informiert zu werden. Wenn es Euch ein Anliegen gewesen wäre, diese Bank gut in die Zukunft hinauszuschicken, wo wir für mittlerweile 3,7 bis 3,8 Milliarden Euro haften, dann wäre es wohl verantwortungsbewusst gewesen, auch eine breite Mehrheit zu suchen. Das ist unser Vorwurf, den wir erheben. Ihr habt es verabsäumt eine breite Mehrheit zu suchen.

Die Käufer waren sehr wohl interessiert an einem guten Start. Aber das ist Ignoranz und Ignoranz der Macht, die Ihr hier demonstriert habt. Denn wir hätten uns erwartet, bevor der Verkauf abgeschlossen wird, eingebunden zu werden, informiert zu werden, um dann gemeinsam diese Bank zu verkaufen. Wir hätten gerne mitgestimmt, wenn die Rahmenbedingungen dahingehend gewesen wären. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist taktieren!)*

Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir haben bis zuletzt versucht, alle Informationen zusammenzutragen und nach objektiven Kriterien ein Urteil zu fällen. *(Landesrat Helmut Bieler: Alle Einzelheiten habt Ihr bekommen!)* Herr Landesrat Bieler, ich habe Ihnen heute schon gesagt, dass ich am Montag offiziell in Ihrem Büro angerufen habe und ... *(Landesrat Helmut Bieler: Weil Sie beleidigt sind, weil der Josko die Unterlagen bekommen hat und nicht Sie!)* Nein, nein, nein, das ist eine Unterstellung. Ich habe am Montag offiziell für den Klub angerufen und gebeten, das HSBC-Gutachten zu bekommen. Ich habe bis heute von Ihnen keine Antwort bekommen.

Mein Kollege hatte am Dienstag zufällig einen Termin bei Ihnen Herr Landesrat und hat dann im Anschluss an diesen Termin, nachdem er das Gutachten noch einmal eingefordert hat, es in einem Kuvert bekommen. *(Landesrat Helmut Bieler: Reden Sie nicht miteinander?)* Doch! *(Landesrat Helmut Bieler: Na eben!)* Wir haben es dann auch durchgearbeitet und haben dann eine entsprechende Grundlage vor Augen gehabt. Wir haben etwas länger gebraucht. Sie haben offensichtlich nur zwei Stunden gebraucht, um alles zu wissen. Denn Sie haben heute in der Ausschusssitzung gesagt, dass Sie am 5.

März 2006 das HSBC-Gutachten bekommen haben und zwei Stunden später haben Sie alles gewusst. (*Landesrat Helmut Bieler: Sie vergessen, dass ich dafür zuständig bin und schon Monate damit befasst war!*)

Aber Sie haben offensichtlich nicht verhandelt oder liege ich falsch? (*Landesrat Helmut Bieler: Doch!*) Wie oft haben Sie zum Beispiel mit den Ukrainern verhandelt? (*Landesrat Helmut Bieler: Habe ich nicht verhandelt!*) Wie oft haben Sie mit der Grazer Wechselseitigen verhandelt? (*Landesrat Helmut Bieler: Ich habe abschlussverhandelt!*) Gut. Wie gesagt, warum kann man nicht - bevor man an die Öffentlichkeit geht - versuchen, eine breite Zustimmung dafür zu bekommen? Ich glaube schon, dass wir bei all diesen Sitzungen im Vorfeld genug Kompetenz bewiesen haben. Wir haben das von vielen Seiten gehört. Uns ist zugesagt worden, dass wir auch dieses Mal die nötigen Informationen bekommen werden. Gut, das ist ein Punkt.

Ein zweiter Punkt, der mich auch stört: Landtagssitzungen um diese Uhrzeit setzt offensichtlich der Herr Landeshauptmann fest. Sie haben am 5. März 2006 bei einer Pressekonferenz verkündet, dass am 16. März 2006 bei der Landtagssitzung, über den Verkauf der Bank Burgenland abgestimmt wird. Gestern in der Präsidiale - und jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Landtagspräsident - habe ich Sie gefragt, wer diesen Sitzungstermin festlegt. Sie haben gesagt, die Präsidiale bestimmt diesen Termin.

Wir hören aber schon seit dem 5. März 2006, seit es der Herr Landeshauptmann über die Medien verkündet hat, dass heute die Landtagssitzung stattfindet. Aber eines muss ich schon sagen, wenn ich der Landtagspräsident wäre, würde ich mir nicht von Regierungsmitgliedern den Termin aufoktroyieren lassen.

Präsident Walter Prior: Frau Kollegin Krojer! Gestern war in der Präsidiale die Rede davon, wer den Termin festgelegt hat. Die Präsidiale oder die Regierungsmitglieder. Sagen Sie mir das jetzt.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (fortsetzend): Sie haben gesagt, die Präsidiale legt jetzt den Termin fest.

Präsident Walter Prior: Die Präsidiale hat gestern den Termin festgelegt.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (fortsetzend): Seit dem 5. März 2006 schreien die Medien schon, dass der Herr Landeshauptmann gesagt hat, dass am 16. März 2006 die Beschlussfassung stattfindet. Es ist kein Problem. Der Herr Landtagspräsident hat nicht das Pouvoir, gegen seine Regierungspartei vielleicht einen anderen Termin festzusetzen. Er hat es nicht. (*Allgemeine Unruhe*) Eines möchte ich sagen, eines erwarte ich mir von einem Landtagspräsidenten: Dass er den Landtagsabgeordneten ausreichend Möglichkeit gibt, sich zu informieren, ausreichend Möglichkeit gibt, sich seriös auf eine Landtagssitzung vorzubereiten.

Wie gesagt, noch einmal, wenn ich am Montag in der Früh ins Büro komme und einen 500-seitigen Ordner mit den gesamten Unterlagen vorfinde, ein 500-seitiges Papier, und 18 Tagesordnungspunkte vorzubereiten habe, dann ist es nur sehr schwer möglich und nur mit Einsatz vieler Kräfte und vieler Nachtstunden die Verantwortung hier zu tragen. Das hätte ich mir erwartet.

Präsident Walter Prior: Frau Kollegin Krojer, darf ich Sie kurz unterbrechen. Für die Vorbereitung der 18 Tagesordnungspunkte für die erste Sitzung haben Sie wesentlich mehr Zeit gehabt. Die Tagesordnung wissen Sie nicht erst seit gestern, sondern die wissen Sie schon sehr lange.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (*fortsetzend*): Seit voriger Woche, seit der Ausschusssitzung.

Präsident Walter Prior: Nicht ich habe den Termin für heute festgesetzt, sondern die Präsidiale: Wie es üblich ist, hat die Präsidiale in einer gemeinsamen Beratung diesen Termin festgelegt. Nicht ich habe den Termin festgelegt und auch nicht der Herr Landeshauptmann oder irgendjemand sonst.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (*fortsetzend*): Es mussten heute Fristen außer Kraft ...

Präsident Walter Prior: Frau Kollegin Krojer, Sie wissen, wenn das Glockenzeichen ertönt, bin immer ich am Wort, beziehungsweise der Präsident, der gerade den Vorsitz hat. Wenn Sie jetzt sagen, ich habe den Termin nicht festgelegt, ich habe das auch gestern ganz laut und deutlich gesagt: Wir legen gemeinsam den Termin fest. Sie waren dagegen, aber die Mehrheit der Präsidiale war dafür, dass dieser Termin für heute festgelegt wird.

Dass Sie erst am Montag, Frau Kollegin Krojer, den Bericht bekommen haben, ist ein Gerücht, denn der Bericht ist seit Freitag zur Verfügung gestanden. Sie haben ihn nur nicht abgeholt. Das ist nicht mein Problem, das ist Ihr Problem. Sie hätten um zwei Tage mehr Zeit für die Vorbereitung gehabt, wenn Sie am Freitag bereits den Bericht in der Landtagsdirektion behoben hätten. Bitte setzen Sie fort. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Was soll das, Herr Präsident?*)

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE) (*fortsetzend*): Sollen wir vielleicht Stunden warten, bis Ihr Euch bequemt uns einen Bericht zu geben? Ich habe genauso Termine am Freitag, Samstag und Sonntag gehabt. Es war eben erst möglich, am Montag wieder ins Büro zu kommen und den Bericht zu holen. Aber das ist nicht das Problem, das ist nicht das Problem. Das heißt, gestern wurde festgelegt, dass wir heute zu mitternächtlicher Stunde die Bank verkaufen werden oder den Beschluss zum Verkauf der Bank fassen wollen.

Gut, kein Problem. Tatsache ist auch, dass Ihnen über Wochen hin die Medien schon gesagt haben, wann dieser Termin stattzufinden hat. Das ist der zweite Punkt. Zur Informationsbeschaffung. Eine offizielle Information an die Klubs hat es nicht gegeben. Dazu gibt es einen eindeutigen Landtagsbeschluss, der das vorgesehen hat. Wie schon gesagt, seit bekannt werden des Verkaufs haben wir uns natürlich bemüht, Informationen aus erster Hand zu bekommen. Wir haben sowohl mit dem Herrn Dr. Ederer, wie auch mit dem Herrn Dr. Herbst Gespräche geführt.

Wir haben - und das muss ich sagen - gute Auskünfte bekommen. Wir haben auf alle unsere Fragen Antworten bekommen. Das war überhaupt kein Problem. Ich hätte mir erwartet, dass eine Einladung zur Information an die Landtagsklubs erfolgt. Ist nicht passiert. Gut ist eine neue Art, ist eine andere Art. Wir sind jetzt fünf Jahre im Landtag, jetzt sind wir - wie gesagt - vor andere Bedingungen gestellt.

Zur Verkaufsentscheidung. „Schwierige Entscheidungen fallen manchmal ganz leicht. Vor allem dann, wenn es keine Alternative gibt.“ So schreibt das Profil am vergangenen Sonntag. Die Angaben von Herrn Landesrat Bieler nach der letzten neuen Ausschreibung zum Verkauf der Bank Burgenland, haben ein bisschen anders gelautet. Ich kann mich noch sehr gut erinnern zu hören: „Es liegen zahlreiche seriöse und attraktive Angebote österreichischer und ausländischer Interessenten vor.“ Das war wohl ein bisschen übertrieben.

Denn bis auf zwei haben sich alle in Luft aufgelöst. Oder bin ich da irgendwie falsch informiert? Es gab zu keinem Zeitpunkt mehr als zwei Bieter. Die Grazer Wechselseitige und das ukrainische Konsortium. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist falsch!)* Definitive Angebote haben wir zwei vorliegen oder haben wir mehr? *(Landesrat Helmut Bieler: Wir haben zwei Verträge vorliegen!)* Wir haben - meines Wissens - nur zwei fertig ausverhandelte Angebote, wir haben zwei fixe Angebote, verbindliche Angebote, das andere war ein indikatives Angebot. Wir haben zwei verbindliche Angebote. Oder haben wir mehr? Ich kann mich nicht erinnern. Dann sind sie irgendwo vielleicht im Nirwana verschwunden.

Es gab zu keinem Zeitpunkt mehr als zwei Bieter. Die Grazer Wechselseitige und das ukrainische Konsortium, vertreten durch die an der Wiener Börse notierte Handelsgesellschaft SLAV-AG.

Zur Grazer Wechselseitigen. Die Grazer Wechselseitige ist sicherlich ein sehr seriöses österreichisches Unternehmen und sicher ein guter Partner für die Bank. Sie ist von allen Seiten offensichtlich willkommen geheißen. Die Selbständigkeit der Bank und deren Ausrichtung als Regionalbank soll erhalten bleiben, was jedoch - wie wir heute gehört haben von Ihnen, Herr Landesrat Bieler - nur bis 2010 gewährleistet ist. Aus den Unterlagen lese ich heraus, dass es zumindest bis 2011 gewährleistet ist. Fünf Jahre lang können wir einen Aufsichtsrat stellen. 2006 und fünf ist 2011, aber Ihre Antwort war 2010. Ich weiß jetzt nicht, was stimmt. *(Landesrat Helmut Bieler: Fünf Jahre habe ich gesagt!)*

Nein, Sie haben gesagt bis 2010. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, fünf Jahre habe ich gesagt!)* Es ist nicht so genau. Ein Jahr auf oder ab, ich meine, wir sind bei den anderen Sachen auch nicht so genau, deshalb müssen wir da auch nicht so genau sein. Das Geschäftsfeld in Westungarn soll ausgeweitet werden. Die Grazer Wechselseitige sieht die Bank Burgenland als eine gute Ergänzung für ihr Engagement im Bankenbereich. Die Grazer Wechselseitige ist mit 48 Prozent an der Hypo-Alpe-Adria-Bank beteiligt und betreibt auch die Capital Bank.

Zu den ukrainischen Anbietern. Die Berührungsgängste österreichischer Banken mit der Ukraine sind nicht immer derartig groß, wie im Fall der Bank Burgenland. Vorbehalte gegenüber angeblich „dubiosen Geschäftemachern“ sind verflogen, wenn es für österreichische Banken darum geht, die ukrainische Kreditwirtschaft aufzukaufen. Österreich ist der größte ausländische Investor in der Ukraine. Erst im Vorjahr hat Raiffeisen mit der Aval-Bank, das zweitgrößte Kreditinstitut des Landes übernommen. Kaufpreis: 860 Millionen Euro.

Der Raiffeisen-Ost-Chef Herbert Stepic hat damals gesagt: „Diese riesige Investition zu einem relativ schwierigen Zeitpunkt der Demokratisierung der Ukraine ist ein positives Signal für internationale Investoren.“ Das dürfte offensichtlich im Burgenland nicht so gut ankommen, aber Raiffeisen hat bei uns auf der Regierungsbank nicht so einen guten Ruf.

Laut Wirtschaftskammerpräsident Leitl hat Österreich im vergangenen Jahr erstmals mehr im Ausland investiert als AusländerInnen in Österreich. „Wir müssen die Prinzipien von Fairness, Offenheit und Transparenz einhalten, weil wir sonst nicht mehr das Vertrauen bei unseren Investitionen im Ausland haben, auf das wir im hohen Maße angewiesen sind.“ Die Ukraine sei ein wichtiges und gutes Partnerland Österreichs und „sie haben sich bisher als verlässlich erwiesen“, so Leitl. Offensichtlich war es notwendig, im Zuge dieser Diskussion, schnell etwas von sich zu geben, damit es irgendwie nicht so „schief“ hinüberkommt.

Welches Signal es für internationale Investoren wohl sein mag, wenn offizielle Repräsentanten eines Bundeslandes der Republik Österreich unmissverständlich zu verstehen geben, Investoren allein deshalb nicht zu akzeptieren, weil sie aus einem unpassenden Ausland kommen? Der Herr Landeshauptmann hat klipp und klar gesagt - und ich glaube, diese Aussage war sicherlich entbehrlich, Herr Landeshauptmann, denn damit werden wir angreifbar -, dieses Verfahren sei nicht EU-widrig abgelaufen. Sie hätten sich vielleicht diese Antwort verkneifen sollen.

Sie haben gesagt, dass man eine „österreichische Lösung“ haben wollte und dass wir über eine österreichische Lösung froh sind. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen!*) Das wurde so in der APA zitiert. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Alles was in der Zeitung steht, ist trotzdem nicht wahr! Ich kann Ihnen sagen, was ich gesagt habe, nämlich dass es eine österreichische Lösung ist, aber niemals dass wir sie angestrebt haben! Das ist die Wahrheit!*) Gut, wenn Sie das sagen, dann wird es wohl so stimmen. Ich habe es so in den Medien gelesen und so ist es auch hinübergekommen. Ich kann mich nur auf das verlassen, was ich lese. Ich denke, die APA ist durchaus ein seriöses Nachrichtenunternehmen. Ich nehme nicht an, dass dieses Sie falsch zitiert.

Die Presse schreibt am 9. März 2006, dass aus österreichischer Sicht nur zu hoffen bleibt, dass die Ukrainer nicht allzu viel in Eisenstadt gelernt haben. Etwa, wie man einen unerwünschten Bieter - ich zitiere nur die Presse - elegant aussteigen lässt. Wir werden es bald wissen. Schließlich schickt sich gerade die Erste Bank an, eine ukrainische Sparkasse zu übernehmen. Eine perfekte Gelegenheit zur Revanche. Die Postings im ORF möchte ich nicht einmal erwähnen. Denn was sich dort abgespielt hat, ist rassistisch und fremdenfeindlich. Meiner Meinung nach, müssten diese Postings entfernt werden.

Das ukrainische Konsortium war bereit 155 Millionen Euro zu bezahlen. Die HSBC, auf die Sie sich berufen, zeichnet mitunter durchaus Szenarien, wo ich mich als Unternehmen vielleicht auch fragen würde, wieso man so etwas sagen kann. Im Gutachten steht zum Beispiel: „Die mit dem Erwerb durch die SLAV-Gruppe verbundenen Reaktionen dürften tendenziell negativer als im Falle der GRAWE ausfallen.“ Ich meine, wenn ich ein Gutachten erstelle, dann nehme ich an, dass dort Fakten präsentiert werden und nicht Mutmaßungen. Also, wie gesagt, ich weiß nicht, wie ich als Unternehmen reagieren würde. Unter anderem sei damit zu rechnen, dass andere Kreditinstitute ihre Geschäftsverbindungen mit der Bank Burgenland kappen werden, Privatkunden ihre Konten auflösen und sich die Bonität der Bank insgesamt verschlechtere. Das mögen andere bewerten, wie das zu sehen ist.

Als größtes Risiko galt bis zuletzt die österreichische Finanzmarktaufsicht. Sie muss von Gesetzes wegen ihre Zustimmung geben, wenn hierzulande eine Bank den Eigentümer wechselt. Allein die Überprüfung der Ukrainer hätte laut HSBC drei bis sechs Monate in Anspruch genommen. Vor allem deshalb, weil hier keine fundierten Informationen über diese Gruppe vorliegen.

Ganz abgesehen davon, wird auch die ungarische Behörde noch ihr Okay geben müssen. Meine Frage im Ausschuss konnte der Herr Landesrat Bieler nicht beantworten. Er hat nicht gewusst, (*Landesrat Helmut Bieler: Eine konkrete Zeitangabe!*) wie lange die ungarische Behörde brauchen wird beziehungsweise ob der Ausgang offen ist. Der Herr Dr. Rauchbauer hat dann die Frage beantwortet. Ich hätte mir erwartet - Herr Landesrat Bieler -, dass Sie das als zuständiger Verhandler, als zuständiger Landesrat ... (*Landesrat Helmut Bieler: Ich bin nicht für die Finanzen in Ungarn zuständig!*)

Also ich denke mir, wenn der Ausgang der Prüfung der Finanzmarktaufsicht in Österreich offen ist und man nicht genau weiß, wie lange sie prüfen wird, wenn das ein entscheidendes Kriterium ist - was es auch war -, dass jemand nicht zum Zug kommt, dann muss ich mich im Gegenzug zumindest vorher informieren, was die Ungarn sagen werden. Ich gehe nicht davon aus, dass die Ungarn diese Zustimmung nicht geben werden. Aber ich hätte mir von Ihnen erwartet, Herr Landesrat, dass Sie mir diese Frage schon beantworten können.

Weiters schreibt die HSBC: „Schließlich sollte unseres Erachtens folgende Kontrollüberlegung in die Entscheidung des Landes einfließen: Entschiede sich das Land für den Verkauf an die SLAV-Gruppe, wäre unseres Erachtens damit zu rechnen, dass die GRAWE ihr Interesse zurückzöge“ - logisch, wenn ich mit einem etwas abschließe, ist klar, dass der andere dann wegfällt - „sodass die gegenwärtig zu Gunsten des Landes bestehende Wettbewerbssituation nicht mehr gegeben wäre.“

Es wäre dann nicht ausgeschlossen, dass die SLAV-Gruppe, wie vermutlich die meisten Interessenten in solch einer Situation, versuchen würde, Nachverhandlungen des Vertrages zu Lasten des Landes zu führen. Umgekehrt wäre das nicht der Fall gewesen. Ich verstehe das nicht, aber wie gesagt, ich bin kein Chefverhandler, keine Chefverhandlerin. Ich kenne mich nicht aus, das verstehe ich nicht.

Im ukrainischen Parlament soll über eine gesetzliche Beschränkung der Engagements von AusländerInnen am ukrainischen Bankenmarkt abgestimmt werden. Angeblich wurde von der Kommunistischen Partei ein Gesetzentwurf eingebracht, der ein Verbot der Gründung von Banken durch AusländerInnen fordert sowie ein Verbot von westlichen Beteiligungen an ukrainischen Banken untersagen soll. Derzeit kontrollieren AusländerInnen 28 bis 30 Prozent des ukrainischen Bankenmarktes.

Zur Verkaufsentscheidung, zum HSBC-Gutachten. Letztendlich war die Empfehlung der HSBC an vier Punkte geknüpft:

Die zu erwartende Genehmigung durch die FMA innerhalb kurzer Zeit bei der Grazer Wechselseitigen, im Vergleich zur längeren der SLAV-Gruppe - im Hinblick auf die drei Jahre Verhandlungen, denke ich mir, sind drei bis sechs Monate vielleicht nicht ausschlaggebend. Wie gesagt, ist dies offensichtlich das Hauptargument Nummer eins.

Hauptargument Nummer zwei ist die Annahme der geringeren Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Ausfallhaftung. Das bedeutet, dass die HSBC das Risiko bei dem ukrainischen Konsortium als höher angesehen hat. Das mag schon so sein. Sie sind die Fachleute, sie werden das ja wissen. Es fehlt mir einfach nur die Begründung dazu. Ich kann es nicht nachvollziehen. Es ist in der HSBC-Unterlage keine Begründung angeführt.

Dritter Hauptgrund. Die bessere Unterstützung der Bank Burgenland bei der Umsetzung der anstehenden Maßnahmen im Bankbetrieb - auch nicht wirklich eine schlüssige, nachvollziehbare Begründung.

Und der vierte Hauptgrund sind die vermuteten Reaktionen der Kunden und Kapitalmarktteilnehmer der Bank Burgenland.

Das sind die vier Gründe, die sozusagen grundlegend für die Empfehlung der HSBC waren. Außerdem verfüge die SLAV-Gruppe über keine ausgewiesenen Erfahrungen auf dem europäischen Banken- und Kapitalmarktsektor. Hiezu frage ich mich, ob dies eine Bedingung war, weil ich habe das irgendwie in den Ausschreibungen nirgends gelesen.

Zur EU-Konformität. Es gibt verschiedene Rechtsmeinungen. Der Verfassungsexperte Heinz Mayer, den wir ja auch immer wieder strapazieren, Gutachten abzugeben, dem wir normalerweise großes Vertrauen entgegenbringen, meinte, dass die Privatisierung der Bank ein Fall für den Rechnungshof sei.

Der Europarechtsexperte Walter Obwexer hat im ORF-Mittagsjournal am 8. März erklärt, dass es sich bei diesem Verkauf an die GRAWE um eine unerlaubte staatliche Beihilfe handeln könnte, wenn der Kaufpreis der GRAWE unter dem Marktwert der Bank liegen würde. Wenn die EU-Kommission eine unerlaubte staatliche Beihilfe feststellen sollte, müsste die Grazer Wechelseitige die Differenz zwischen Kaufpreis und Marktpreis nachzahlen. Obwexer bestätigte, dass das Privatisierungsverfahren nicht diskriminierend und transparent gewesen sei. Diese beiden Punkte seien EU-konform.

Wie gesagt, dann kommt eben die Aussage, dass die österreichische Lösung ja eine gute Lösung ist. Meiner Meinung nach ist das mit Sicherheit EU-widrig, denn damit wird eine Bevorzugung der Grazer Wechelseitigen bestätigt.

Folgende offene Fragen stellen sich für uns: Erstens einmal die EU-Konformität. Wer garantiert, dass der Verkauf der Bank Burgenland an die Grazer Wechelseitige der Anzeige der ukrainischen Bieter bei der Europäischen Kommission standhalten wird? Wie gesagt, es gibt die verschiedenen Expertenmeinungen. Wir hätten gerne eine externe Rechtsmeinung gehabt.

Es wurde mir dann auch nach dem Gespräch mit dem Herrn Dr. Ederer von ihm auch zugesichert, dass es so eine gäbe und dass er dafür sorgen werde, dass uns der Herr Landesrat Bieler diese auch geben wird. Was er dann auch getan hat. Es ist eine Expertenmeinung des Herrn Dr. Herbst, der in dem Fall nicht extern ist.

Zweite offene Frage. Die Aufnahme von 700 Millionen Euro durch die Bank, für die das Land zur Gänze haftet. Handelt es sich hier um eine Begünstigung eines Unternehmens? Ist das Wettbewerbsverzerrung? Ist es sicher, dass es sich bei der Verkaufsentscheidung an die Grazer Wechelseitige um keine Wettbewerbsverzerrung beziehungsweise Ungleichbehandlung der beiden Bieter handelt, wenn es vor dem Closing zu einer neuen Schuldverschreibung der Bank in der Höhe von 700 Millionen Euro kommt, für die das Land zur Gänze zusätzlich haften muss?

Mit Dezember 2005 haften wir für 3,1 Milliarden Euro. Hier gibt es Zinsvorteile, die irgendwie nicht wirklich eruierbar sind. Heute hat man gemeint, das mögen eventuell eine Million sein. Ich weiß es nicht. Das ukrainische Konsortium spricht von 20 bis 40 Millionen. Ich bin keine Fachfrau, ich kann das nicht entscheiden. Ich weiß nicht, wie viel Zinsvorteil auf 700 Millionen Euro steht. Ob jetzt die Bonität A der Grazer Wechelseitigen hier herangezogen wird oder die Bonität durch die Landeshaftung? Es sind auch unterschiedliche Zahlen, was das anbelangt.

Ich habe heute versucht, dies zu eruieren. Herr Dr. Rauchbauer hat es mir erklärt, aber ich habe es trotzdem nicht verstanden. Es gibt unterschiedliche Zahlen. Die eine Unterlage laut HSBC-Gutachten sagt, 400 Millionen hätten wir sowieso laut Business-Plan für die Bank aufnehmen müssen, und 300 Millionen habe sich die GRAWE ausverhandelt. Das wird also zugegeben.

In den Erläuterungen zu dem Papier steht, dass 310 Millionen im Business-Plan waren. Das heißt, es ist trotzdem ein Unterschied von 90 Millionen Euro. Ich denke, das ist doch kein Klacks.

Nächster Punkt. Die FMA-Zustimmung in Ungarn. Wie lange dauert sie?

Weiterer Punkt. Die Eigenständigkeit der Bank - das haben wir heute gehört - bleibt unserer Meinung nach bis 2011 laut Unterlagen gewährleistet. Wir haften bis 2017.

Letzter Punkt. Warum hat man mit dem ukrainischen Konsortium bis zum Schluss verhandelt, wenn man doch offensichtlich froh war, eine österreichische Lösung zu haben? Wenn der nicht vorhandene Bankenhintergrund bei der SLAV-AG eines von mehreren Gründen war, die Bank nicht an sie zu verkaufen, warum war das dann kein Kriterium bei der Ausschreibung? Warum war es kein Kriterium beim Herrn Kovats? Dieser hat doch auch diese Bankenerfahrung nicht gehabt.

Zum Kaufpreis. 100,3 Millionen Euro Kaufpreis. Die Beteiligungen müssen um 25 Millionen zum Buchwert herausgekauft werden. Meine Rechnung - soweit kenne ich mich schon aus, ohne Bankenfachexpertin zu sein: 100 minus 25 ergibt 75. Das heißt, der Kaufpreis für die Bank beträgt dann 75 Millionen Euro. *(Landesrat Helmut Bieler: Heißt das, dass die Beteiligungen nichts wert sind?)* O ja! *(Landesrat Helmut Bieler: Dann kann man diese Milchmädchenrechnung nicht anstellen.)* Das ist schon richtig! Es gibt aber böse Gerüchte, die meinen, dass sie den Buchwert nicht wert sind. *(Landesrat Helmut Bieler: Das ist unseriös, was Sie hier machen.)* Gut, es gibt stille Reserven, das Argument kennen wir. *(Landesrat Helmut Bieler: Absolut unseriös!)*

Tatsache ist, wenn wir die 25 Millionen herauskaufen müssen, dass uns die 75 Millionen jetzt nur einmal überbleiben, denn ich gehe jetzt einmal nicht davon aus, dass die jetzt so schnell stante pede auch verkauft werden.

Das heißt, wenn wir das ganze Gerüst, das Sie jetzt über die Tilgung der Schulden geschaffen haben, betrachten, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist eine Schmähführerei!)* dann müssen wir von 25 Millionen netto sprechen, weil die anderen 25 Millionen sind ja in Liegenschaften gebunden. *(Landesrat Helmut Bieler: Wenn Sie sich ein Auto kaufen, heißt das, dass es null wert ist?)*

Um das geht es doch nicht! *(Landesrat Helmut Bieler: Doch! Genau um das geht es!)* Es geht darum, wie viel Geld kommt bar herein. Wie viel Geld habe ich bar, um zurückzuzahlen? Und wenn ich die Liegenschaften alle zum Buchwert von 25 Millionen verkaufe, dann kann ich die 25 Millionen für die Schuldentilgung verwenden. Aber, das muss erst einmal passieren. Diese Grundstücke muss Euch jemand erst einmal abkaufen.

Das Land verzichtet auf eine Haftungsprovision, die im Jahr 100.000 Euro ausgemacht hätte. Bei der SLAV-AG zum Beispiel bis zum Jahr 2017 hätte dies auch einen Betrag von 1,1 Millionen ausgemacht. Dies ist bei der großen Summe nicht viel.

Verlustvorträge in der Höhe von 400 Millionen Euro bedeutet für die Grazer Wechelseitige, dass sie ihre Gewinne durch Verluste aus Eisenstadt abdecken kann. Ich kann mich hier auch nur auf die Medienberichte verlassen. Hier wird von 25 Millionen Euro Steuerersparnis gesprochen.

Alle aufschiebbaren Bedingungen müssen bis zum 30. September erfüllt werden; es wäre sich bis zu diesem Zeitpunkt allerhand ausgegangen.

Zu den Schulden. Diesen werden wir zu einem späteren Zeitpunkt, nicht heute, ein Kapitel widmen.

Zur Schuldentilgung, die jetzt mit diesen 75 Millionen, die hereinkommen, gemacht wird. Das sind sehr gewagte Konstruktionen, die wir uns im Detail anschauen werden, wo wir heute noch nicht beurteilen können, ob man nicht Dinge mehrfach verkauft, die einem gar nicht gehören.

Zur Abstimmung: Wir werden dem Verkauf aus drei Gründen nicht zustimmen:

Erster Grund. Es ist bis heute durch externe Expertenmeinung nicht eindeutig geklärt worden, ob der Verkauf EU- und rechtskonform ist. Ob es hier zu einer Bevorzugung eines Bieters gekommen ist oder nicht.

Zweiter Punkt. 700 Millionen Euro neue Schuldverschreibung; dafür haftet das Land zusätzlich zu den 3,1 Milliarden Euro bis 2017.

Und drittens. Die Eigenständigkeit der Bank ist nur bis 2011 gewährleistet, obwohl das Land bis 2017 haftet. Das hätte man vielleicht auch anders regeln können.

Abschließend möchte ich feststellen, dass das vorliegende Angebot der Grazer Wechselseitigen sicher besser ist als das des Herrn Dr. Kovats. Aber aufgrund der Fragen, die in dieser kurzen Zeit jetzt aufgetaucht sind, werden wir dem vorliegenden Beschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei den Grünen)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben uns heute bei der Abstimmung deshalb so verhalten, weil wir zeigen möchten, dass selbstverständlich diese Abstimmung in die zweite Lesung gehen muss oder soll. Wir wollten auch damit zeigen, mit der einen Gegenstimme, dass wir nicht mit der heutigen Sitzung einverstanden sind. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Halbe-Halbe!)*

Wir waren immer für den Bestbieter. Ich möchte vorausschicken, wir haben nie gesagt, wir sind gegen die GRAWE, die Grazer Wechselseitige.

Was mir in der ganzen Diskussion besonders auffällt, ist die Tatsache, dass sich die ÖVP anscheinend ein bisschen versteckt. Mich hat auch die Aussage des Klubobmannes, Herr Ing. Strommer, schon etwas gestört, hat mich schon etwas *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Genervt!)* lustig gestimmt. Und zwar hat er gesagt: „Das ist kein Erbe, sondern das ist ein Skandal *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Natürlich!)* im Ressort der SPÖ.“

Ich möchte festhalten: Die ÖVP hat bei jedem Budget mitgestimmt! Jedem Landesbudget mitgestimmt! Ich möchte auch festhalten, dass die ÖVP heute auch den Verkauf der Bank Burgenland an die GRAWE zustimmt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie sind ein Hellseher! Aber es mag so sein.)* Also, tut bitte nicht so, als hättet Ihr nichts damit zu tun!

Ich möchte auch vorausschicken, bevor ich ins Detail gehe, dass ein Zehntel des kompletten Jahresbudgets die Differenz zwischen den zwei Angeboten beträgt. Ein Zehntel des burgenländischen Jahresbudgets beträgt die Differenz dieser Angebote, dieser Angebotsunterschied!

Ich frage mich auch immer, warum so getan wird, als ob die Aussagen des ukrainischen Konsortiums nicht stimmen würden. Es wird immer so getan, als sei das nicht wahr. Warum gibt es dann keine Kreditschädigungsklage oder eine Verleumdungsklage, wenn die SLAV-Gruppe die Unwahrheit sagt? Es hat Pressekonferenzen der SLAV-Gruppe gegeben, wobei diese gesagt haben, das stimmt alles nicht. Diese Angaben, die die SLAV-Gruppe über die Finanzmarktaufsicht macht, stimmt nicht. Also, warum gibt es dann keine Verleumdungsklage?

Die Frau Abgeordnete Krojer hat schon sehr viel angeführt. Besonders zu bemerken ist die Tatsache, dass sich das Land im Kaufvertrag, im Punkt 12/8 des Entwurfes des Aktienkaufvertrages, verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Bank

Burgenland vom 1.3.2006 bis zum Tag des Closings Anleihen in der Höhe von 700 Millionen begeben wird, die noch zur Gänze der gesetzlichen Ausfallbürgschaft des Landes unterliegen.

Die Bank Burgenland ist für sich allein - und das wissen wir alle - kein tauglicher Schuldner, und überhaupt für eine Anleihe in dieser Höhe. Der Betrag von 700 Millionen Euro wäre am Kapitalmarkt nur mit Hilfe der GRAWE aufzubringen gewesen. Das heißt, die Bank Burgenland hat nicht diese Kraft.

Besonders bedenklich ist auch die Situation rund um die Bürgschaft für die Schulden des Herrn Hom-Rusch. Frühestens im Jahr 2010 hat das Land aufgrund des Beschlusses rund 180 Millionen Euro plus fünf Prozent Zinsen zu zahlen.

Was mich besonders stört und anscheinend verstehe ich das nicht, ich gebe es ja auch zu, ist, dass die Bank Austria eine 40-prozentige Beteiligung an der Bank Burgenland hatte und nach dem Hom-Rusch-Skandal, um die Bank vor dem Konkurs abzuwenden, mit einem Schilling aus der Haftung entlassen wurde. Das heißt, man hat einfach die Bank Austria um einen einzigen Schilling damals aus der Haftung entlassen und hat sich später im Gegenzug einen Kredit aufgenommen - bei der Bank Austria, die man aus der Haftung entlassen hat. Und genau dieser Bank Austria muss man jetzt einen Kredit in der Höhe von 180 Millionen Euro zurückzahlen. Ich verstehe das nicht. Vielleicht verstehen das alle 36 Abgeordneten? Ich kann das nicht verstehen. Aber, wie gesagt, vielleicht verstehen es die 36 Abgeordneten? (*Abg. Gerhard Pongracz: 35!*) 35!

Zum Schmuck der Braut gehört auch eine Vereinbarung. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, dass man hier die Braut schmücken möchte, stellt sich doch die Frage, ob 700 Millionen Neuhaftung zusätzlich zur Zahlung der Hom-Rusch-Verluste samt Zinsen bis 2011 durch das Land an die Bank nicht als unwirtschaftliche Vorgangsweise angesehen werden muss. Wenn der Schmuck der Braut den Brautpreis so massiv übersteigt, dann sollte die Ehe eher nicht geschlossen werden.

Es ist im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Burgenland auch immer wieder die Rede, dass Hom-Rusch sozusagen die Hauptlast trägt. Hier muss man eines auch definitiv festhalten: Es ist zu einer Verurteilung gekommen. Derjenige ist auch in Haft gewesen. Die Hom-Rusch-Schulden betragen lediglich ein Drittel der Gesamtschulden.

Ich frage mich: Wer hat die anderen Schulden verursacht? Wer hat Kredite vergeben? Wer war der Schuldige? Man hat einen gefunden in Bezug auf Hom-Rusch, aber, wie gesagt, es war nur ein einziges Drittel.

Zum Bank Burgenland-Verkauf. Der Raiffeisen-Boss und der UNIQA-Chef kritisieren Landeshauptmann Niessl. Ich zitiere aus dem „News“ vom 9. März 2006: „Heftige Kritik am Verkauf der Bank Burgenland an die Grazer Wechselseitige Versicherung übt Raiffeisen International-Chef Herbert Stepic. Dieser Verkauf entspricht nicht der internationalen Businesspraxis, beklagt er. Wenn Vorbehalte gegen ausländische Käufer da sind, müssen diese am Beginn einer Ausschreibung mitgeteilt werden. Mitbewerber um die Bank Burgenland, war ein ukrainisches Konsortium, das um fast 55 Millionen Euro mehr geboten hätte als die GRAWE.“ Raiffeisen-Boss Stepic sagt: „Die Optik ist sehr schief. Zuerst werden kiloweise Unterlagen verlangt, dann beklatscht Landeshauptmann Niessl die österreichische Lösung.“

In eine ähnliche Kerbe schlägt UNIQA-Chef Konstantin Klien. UNIQA-Chef und Raiffeisen International-Boss! Der UNIQA-Chef Konstantin Klien sagt: „Wenn man die Daten betrachtet, hätte eine klare Tendenz in Richtung marktwirtschaftlicher Entscheidung

vermutet werden können. Klien befürchtet einen Schaden für Austro-Unternehmen im Osten.“

Wir wissen ja alle, dass es heute im ukrainischen Parlament eine Abstimmung gegeben hat. Ich selbst weiß noch nicht, wie die Abstimmung ausgegangen ist. Zumindest der Tagesordnungspunkt war folgend lautend, dass sich kein Unternehmen mehr in der Ukraine etablieren kann. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, weiß ich nicht, aber das ist eine Auswirkung dieses Verkaufs der Bank Burgenland. (*Zwiegespräche in den Reihen*) Das stimmt schon so.

Wenn ich mir die Situation in der Ukraine betrachte, dann gibt es einen Burgenländer, Stahlbau Unger, der mittlerweile ein Topunternehmer ist und der in Oberwart 250 und weltweit 1.200 Mitarbeiter hat. Er sagt, er möchte neue Märkte erschließen, und im Visier hat Unger dabei vor allem die Ukraine.

Das heißt, wenn wir exportieren wollen, dann ist das in Ordnung. Sollte jemand zu uns kommen, dann ist das nicht in Ordnung. Und wenn jemand kritisiert und sagt, das ist ja nicht die Freiheitliche Partei, denn die Freiheitliche Partei spricht doch immer von Heimatbewusstsein, dann stelle ich fest, dass die Freiheitliche Partei Folgendes sagt: Jeder soll seine Kultur haben, jeder soll seine Religion haben, jeder soll sein eigenes Land haben. Und die Vermischung von Religionen und Kulturen wird über kurz oder lang nicht funktionieren, (*Abg. Christian Illedits: Wissen Sie, was Sie jetzt gesagt haben?*) aber wir sind für bilaterale, wirtschaftliche Abkommen, und genau das ist die Intention. (*Abg. Christian Illedits: Wissen Sie, was Sie jetzt gesagt haben?*)

Wirtschaftliche, bilaterale Abkommen, das ist die Intention, (*Abg. Christian Illedits: Wissen Sie, was Sie jetzt gesagt haben?*) das ist das Wichtigste. Und es ist auch sehr wichtig, das auch anzuführen. (*Abg. Christian Illedits: Das habe ich hier noch nicht gehört.*) Ja, könnt Euch denken ... (*Abg. Christian Illedits: Was Sie hier indirekt gesagt haben?*) Ja, ich weiß, was ich gesagt habe, Herr Abgeordneter. Ja, das können Sie auch so zur Kenntnis nehmen, und das ist auch so gemeint. (*Abg. Christian Illedits: Das haben alle gehört.*) Ja, es ist auch gut so, dass das alle hören. (*Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ - Abg. Christian Illedits: Vermischung von Rassen? Oder Religionen?*)

Es wurde anlässlich der Pressekonferenz am 5. März 2006 behauptet, dass eine schriftliche Bestätigung der Finanzmarktaufsicht nicht möglich ist - zumindest erst, wenn die Überprüfung durchgeführt werden würde, zwischen drei und sechs Monaten.

Das ukrainische Konsortium hat in einer Pressenkonferenz festgestellt: „Tatsächlich bestätigt uns die FMA“, sagt das ukrainische Konsortium, „dass es eine solche schriftliche Bestätigung nicht gibt und auch sonst keine indikativen Angaben über die Dauer eines Verfahrens gemacht worden sind.“ Das sagt das ukrainische Konsortium.

Sollte das nicht stimmen, dann bitte ich, dass man seitens des Landes Burgenland den Klagsweg einschreitet. Im Gegensatz zu den ganzen Aussagen hier im Land hat die FMA in Gesprächen mit den Rechtsberatern des ukrainischen Konsortiums erkennen lassen, dass man möglichst sehr rasch vorgehen würde und dass diese Zeitangabe nicht stimmt. Das sind auch alles Indizien, die man sich vorgibt und wonach man gesagt hat, es ist nicht möglich, dass das ukrainische Konsortium die Bank erhält.

Es wurde heute auch schon angesprochen, dass für die Begebung von Schuldverschreibungen in der Höhe von 700 Millionen Euro durch die Bank Burgenland unter der Landeshaftung das Land eine Haftungsprovision erhalten soll. Diese Haftungsprovision oder diese Haftungsprämie ist hier schon bei den 100,3 Millionen inkludiert. Das heißt, es wären zwischen 20 und 40 Millionen Haftungsprämie angefallen.

Das hat man aber zurückgestellt und hat diese Haftungsprämie in den 100,3 Millionen inkludiert.

Wichtig ist auch noch die Rolle des Herrn Dr. Christoph Herbst anzuführen. Es ist zu fragen, wie viele Banken oder wie viele Unternehmen Herr Dr. Herbst berät. Auch die Vermutung liegt nahe, dass Herr Dr. Christoph Herbst auch die HSBC beraten hat, obwohl Herr Dr. Herbst Aufsichtsratsvorsitzender der Bank Burgenland ist. Das ist auch in einer Pressenkonferenz des ukrainischen Konsortiums bekannt gegeben worden. Wenn das so ist, dann wird die Situation in einigen Wochen sicherlich anders aussehen. (*Landesrat Helmut Bieler: Wissen Sie, dass die Bank Burgenland dem Land gehört?*) Das hätte ich nicht gewusst.

Betrachtet man den Kaufpreis der GRAWE von 100,3 Millionen Euro, dann sollte man diesen Kaufpreis berichtigen, denn die Liegenschaften, die das Land kaufen muss - das haben wir heute auch schon gehört - machen 25 Millionen Euro aus. Die Ablöse aus der Garantievereinbarung minus 12,8 und die entfallene Haftungsprovision, die wir heute jetzt hier mitdiskutieren, diese 100.000 Euro, machen insgesamt 1,2 Millionen Euro aus. Das heißt, rechnet man diese Millionen herunter, ergibt das einen Betrag von 61,3 Millionen Euro, der vom Kaufpreis der Bank Burgenland verbleibt.

Weiters ist durch die Begebung von Schuldverschreibungen in der Höhe von 700 Millionen Euro ein beträchtlicher Zinsvorteil in der Höhe von 20 bis 40 Millionen Euro, den ich vorher angeführt habe, ebenfalls noch gegeben. Somit ergibt sich ein Kaufpreis, wenn man ebenfalls noch den garantierten Steuernachlass mitrechnet, von minus null. Das heißt, dies ergibt einen negativen Kaufpreis. Es ist auch ganz wichtig, das anzuführen, dies bleibt aber gänzlich im Gutachten der HSBC unerwähnt. Das heißt, man hat im Gutachten davon nicht gesprochen. Genau so ist das!

Wenn man auch schon davon spricht, dass das ukrainische Konsortium vielleicht nicht diese Bonität hat oder vielleicht nicht ein Unternehmen ist, das sich die Bank Burgenland leisten kann, dann möchte ich definitiv zum Ausdruck bringen, dass das ukrainische Konsortium insgesamt 90.000 Mitarbeiter hat. Wenn man die Firma VOEST hernimmt dann hat die Firma VOEST im Stahlbereich 9.500 Mitarbeiter.

Und wenn man auch glaubt, dass die Gebrüder Klyuyev sozusagen die Bank Burgenland vielleicht nicht so führen könnten, dann gebe ich zu bedenken, dass auch Ende März in der Ukraine Parlamentswahlen sind und dass einer, dass der Bruder, auch dort bei den Parlamentswahlen antritt und so vielleicht sogar Premierminister wird. Das heißt, die Ukraine mit 48 Millionen Einwohner kann er führen, aber eine Bank Burgenland nicht.

Das schlägt ja wirklich dem Fass den Boden aus, und es gibt sehr viele Kommentare. Es gibt zum Beispiel einen Kommentar, der sehr treffend ist. Einen Kommentar, der wirklich sehr treffend ist. Hier wird festgehalten, dass die Differenz im Gesamtausmaß, so wie ich es vorher beschrieben habe, so viel ausmacht, dass man umgerechnet 1.000 Betrieben im Burgenland 150.000 Euro zur Verfügung stellen könnte. 1.000 Betrieben! 150.000 Euro! Nur durch die Differenz, welche die Ukraine mehr bezahlt hätte. Das muss man sich auch einmal vor Augen halten.

Es ist auch sehr wichtig, jene Diskussion zu beleuchten, wo man davon spricht, dass es ja eigentlich nicht möglich ist, dass sich die Ukraine im EU-Raum festmacht. Schauen wir uns einmal die Gegenprobe an! Wie würden sich österreichische Interessenten im Ausland fühlen, wenn ihnen das widerfährt, was die Ukrainer nun bei uns

erleben? Ich sage Ihnen, der Ruf nach Bananenrepublik und Skandal wäre wahrscheinlich nicht zu überhören.

Es geht ja weiter. Es ist auch bemerkenswert, und das steht auch hier in diesem Artikel, dass die Grazer Wechselseitige Versicherung ein gewichtiger ökonomischer Bestandteil des kirchlich-konservativen Lagers der Steiermark ist. Das ist auch einmal anzuführen. Hier steht, sie rekrutiert ihre Organe und Aufsichtsratsmitglieder aus dem katholischen Umfeld und war stets eng mit der Ex-Landeshauptmann-Partei ÖVP verbunden.

Aufsichtsratschef ist Franz Harnoncourt, der unter anderem Chef des steirischen Malteser-Ritter-Ordens ist. Vizepräsident ist Abt Bruno Hubl vom Stift Admont, und weiteres Mitglied des oberen Gremiums ist Heinrich Schnuderl, Grazer Stadtpfarrprobst.

Das heißt, dass diese Grazer Wechselseitige sowohl eine Verbindung zur ÖVP hat, als auch eine Verbindung durch die Beteiligung, die ja das Land auch bei der GRAWE hat, mit dem Landeshauptmann Voves. Das heißt, hier ist die Politik mit Rot und Schwarz sehr verankert.

Zum Abschluss meiner Ausführungen kommend, glaube ich, dass Sie, meine Damen und Herren von den beiden Regierungsparteien, mit diesem Deal angesichts der Persönlichkeiten, die bei der Grazer Wechselseitigen das Sagen haben, sicherlich mit einem gänzlichen Ablass Ihrer Sünden bei der Schlussabrechnung vor Gottes Thron rechnen können. Dafür hätte sicherlich selbst der Augustiner Mönch Martin Luther trotz seiner 95 Streitthesen gegen den Ablasshandel nichts einzuwenden. Das ist sozusagen genau die Sichtweise, die man auch hier anstellen sollte. *(Beifall bei der FPÖ - Abg. Christian Illedits: Das darfst Du so aber nicht sagen.)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur, launigen Rede des Kollegen Tschürtz, *(Abg. Christian Illedits: Launisch!)* launischen, zu der eigentlich sehr viel zu sagen wäre, möchte ich nur einen Satz erwähnen: Herr Kollege Tschürtz! Daraus, dass jemand im Burgenländischen Landtag einem Budget zustimmt oder nicht, zu schließen beziehungsweise hier eine Verbindung zur Verantwortung eines Bank Burgenland-Skandals herzustellen, das ist gewagt bis kühn. *(Abg. Johann Tschürtz: Die Swap-Geschäfte wurden doch im Zuge des Budgets hier beschlossen. - Abg. Andrea Gottweis: Wir haben sie nicht beschlossen. - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Sie erinnern sich daran aber sicher genau. Ansonsten können Sie gerne nachlesen, dass die ÖVP diesen Beschluss nicht mitgetragen hat. *(Abg. Johann Tschürtz: Warum habt Ihr dann dem Budget zugestimmt? Warum?)* Wir haben diesem Beschluss nicht zugestimmt. Kollege Tschürtz! Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe und ich bemühe mich hier wirklich, sehr emotionslos an diese Sachentscheidung heranzugehen. Ich habe das auch immer getan, denn die Bank Burgenland begleitet mich in diesem Hohen Haus seit ich im Jahr 1999 hier als Abgeordneter angelobt wurde. Ich war ein halbes Jahr Abgeordneter und habe mich hier im Untersuchungsausschuss wiedergefunden. Seither begleitet mich diese Causa.

Ich bin wirklich bemüht, mich sachlich dieser Thematik zu nähern. Ich habe mich gestern, vorgestern muss ich eigentlich jetzt schon sagen, wirklich sehr gewundert, dass

zwei der höchsten Repräsentanten der SPÖ Burgenland, nämlich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl und der Herr Finanzlandesrat Helmut Bieler in dieser Pressekonferenz vom Bank Burgenland-Erbe gesprochen haben, meine Damen und Herren. Das ist nämlich kein Erbe für den Herrn Landeshauptmann und für den Herrn Finanzlandesrat. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es gibt hier nichts zu erben.)*

Das ist ein SPÖ-Skandal, denn diese beiden Herren waren damals sehr nahe bei den Entscheidungsträgern angesiedelt. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Bank Burgenland ist ein SPÖ-Skandal und kein Erbe, ein Skandal, der das Land an den Rand des finanziellen Abgrundes gebracht hat. Ein SPÖ-Skandal, der das Land an die Grenze der Finanzierbarkeit gebracht hat und noch bringen wird. Diesen Skandal haben Sie nicht geerbt. *(Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Johann Tschürtz: Ich möchte aber schon gerne wissen, warum die Bank Austria, auch mit Eurer Zustimmung, um einen Schilling aus der Haftung entlassen wurde!?)*

Als sich dieses Desaster zu diesem Skandal ausgewachsen hat, waren Sie beide in verantwortungsvollen Funktionen dabei. Der Herr Landeshauptmann war damals Klubobmann und der Herr Landesrat Helmut Bieler, heute Finanzlandesrat, und für die Bank Burgenland zuständiges Regierungsmitglied, war damals zuerst Abgeordneter, und dann als Landesrat und Nachfolger von Landesrat Tauber, für den Straßenbau zuständig.

Sie waren dabei, als der damalige Landeshauptmann Karl Stix in völliger Verkennung der Situation, gegen die massiven Bedenken der Finanzmarkt- und der Bankenaufsicht, die Wiederbestellung von Ernst Gassner zum Generaldirektor betrieben hat. Vom Zeitpunkt seiner letztmaligen Wiederbestellung zum Generaldirektor bis zu seiner Verhaftung, sind damals in wenigen Monaten noch einmal einige 100 Millionen Schilling den Bach hinuntergegangen.

Das ist der wahre Skandal und dafür hat die SPÖ die Verantwortung zu tragen! Sehr geehrter Herr Kollege Tschürtz! Durch ein Zustimmen zu einem Budget ist hier die Konstruktion einer Mitverantwortung der ÖVP in keinsten Weise zu finden. *(Abg. Johann Tschürtz: Das sehen wir aber ganz anders!)* Dies verniedlichend als Erbe auszudrücken, ist für mich gewagt. Sie und die anderen Mandatäre der SPÖ haben gedacht, dass Sie mit der Ideologie von Karl Marx die Gesetze des Marktes aus den Angeln heben könnten. Das kann nicht gelingen.

Das war auch beim KONSUM, bei der größten Firmenpleite, die es in Österreich je gegeben hat, nicht möglich, denn zur selben Zeit, als ein gewisser Herr Gerharter den KONSUM geradewegs in die Pleite geführt hat, hat ein gewisser Herr Karl Wlaschek mit einem Laden begonnen, mit einem billigen Laden, deshalb der Name BILLA, hat eine Supermarktkette aufgebaut und ist gleichzeitig, als der KONSUM in Konkurs gegangen ist, zu einem der reichsten Männer Österreichs geworden.

Auch die Verstaatlichte konnte mit sozialistischen Mechanismen nicht geführt werden. Sie war nach den sozialistischen Regierungschefs und Finanzministern bankrott. Heute, nach einer Privatisierungswelle, wo die ÖVP die Verantwortung trägt, haben die ehemaligen verstaatlichten Betriebe weit mehr Mitarbeiter, als je zuvor, *(Abg. Christian Illedits: Entzieht Ihr Euch wieder einmal aus der Verantwortung? Ihr seid ja nie wo dabei, oder?)* stehen wirtschaftlich potent da und behaupten sich in der rauen Wirtschaftswelt in diesem offenen Europa. Wenn SPÖ-Verantwortliche privatisieren, dann haben wir das am Beispiel der CA, der Bank Austria bis hin zur HVP gesehen. Heute, glaube ich, gehören uns noch drei oder fünf Prozent der Unikredit. Das ist ein Privatisieren, wo SPÖ-nahe Personen die Verantwortung tragen. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Ein Herr Randa ist uns nicht unbekannt, denn der Herr Randa ist hier auch im Untersuchungsausschuss gesessen. Das Who's who der sozialistischen Elite hat sich hier im Untersuchungsausschuss damals die Klinke in die Hand gegeben. Von Rudolf Edlinger, Csaba Szekely, Mag. Hans Lukits bis hin zu Gerold Stagl waren alle da. Ich könnte noch viele Beispiele anführen. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Jetzt ist es aber wirklich genug!*) Ich höre schon auf, Herr Kollege Pehm, denn von der BAWAG, mit ihrem 422 Millionen Euro Verlust brauche ich ja nicht zu reden. Auch vom ARBÖ haben wir heute schon gehört, wie er gewürdigt wurde. Selbst ihre Bundespartei war ja nahezu bankrott.

Gelinde gesagt ist die Aussage, dass es kein Skandal wäre, sondern nur ein Erbe, für mich nicht tragbar. Mit lockerer Lippe wird hier, und jetzt bin ich bei dieser Pressekonferenz von vorgestern, das habe ich den elektronischen Medien beziehungsweise den Tageszeitungen entnommen, über Summen von 200, 300, 400, 500 Millionen Euro an Transaktionen gesprochen, als wäre dies das Natürlichste auf der Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist mehr als das halbe ordentliche Landesbudget! Jene, die das behaupten, kommen zur Auffassung und suggerieren den Burgenländerinnen und Burgenländern ein, und jetzt muss ich auf das eingehen, was heute in der Fragestunde gesprochen wurde, dass sich das Land dadurch 280 Millionen Euro erspart.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat in seinem Rohbericht, der im Vorjahr hier besprochen, aber noch nicht debattiert wurde, weil er als Rohbericht dem Landtag eben noch nicht zugewiesen war, natürlich von weit höheren Summen gesprochen. Der Herr Landesrat Bieler hat die Summe von 728 Millionen Euro genannt. Gegenüber dieser Summe, so sagen Sie, ist jetzt ein weit weniger hoher Betrag notwendig. Das ist wohl deshalb selbstverständlich, weil der Rechnungshof in seinem Rohbericht die Summe inklusive Zinsen natürlich bis zum Jahr 2017 oder (*Landesrat Helmut Bieler: 2025!*) 2025 hochgerechnet hat. (*Landesrat Helmut Bieler: Warum hat er das nur getan?*)

Ein Beispiel: Wenn sich jemand verspekuliert und zur Sanierung dieses Defizits heute einen Kredit von 100.000 Euro, der mit fünf Prozent verzinst ist, aufnehmen muss, so bezahlt er nach einem Jahr 105.000 Euro. Nimmt er diesen Kredit auf zehn Jahre mit einer fünfprozentigen Verzinsung auf, so sind es 162.000 Euro. Auf 15 Jahre wäre die Endsumme 207.000 Euro. (*Abg. Mag. Georg Pehm: 2025.*) Zinseszinsberechnungen haben wir in der Schule gelernt. Sie haben sie in Ihrer früheren Funktion auch den Kindern gelernt. Daher bin ich auch davon überzeugt, dass Sie das auch können. Laut Ihrer Rechnung wäre die gesparte Summe dabei die Differenz auf den aufgenommenen Kredit, denn so haben Sie es gestern dargestellt.

Sie wissen, so wie ich das weiß, dass man immer nur den Barwert vergleichen kann. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie wollen dabei vergessen, ja fast könnte man sagen, Sie wollen vergessen machen oder vergessen lassen, dass in meinem Beispiel, bei einem ordentlichen kaufmännischen Wirtschaften, der Kredit von 100.000 Euro ja gar nicht nötig gewesen wäre. Diese Ihre Darstellung der Dinge, dieser Sachverhalt, der wahren finanziellen Situation des Landes ist entlarvt. Wäre die Bank ordnungsgemäß ohne solcher Dinge geführt worden, hätten wir den Kredit ja gar nicht gebraucht.

Aber, die Situation durch den Bank Burgenland-Skandal ist ja noch viel prekärer. Die Verbindlichkeiten des Landes betragen für den HOWE-Komplex damals, Sie erinnern sich, 165 Millionen Euro. Inklusiv der Zinsen, die bis heute aufgelaufen sind, sind das diese 229 Millionen Euro plus einer Vorfälligkeitsentschädigung von 12,7 Millionen. Das alles ist in diesem dicken Buch nachzulesen, das uns zugestellt wurde, und das ich mir

übrigens schon am vergangenen Freitag geholt habe. Hätte das die Frau Kollegin Krojer, und daher verstehe ich Ihre Kritik nicht, auch getan, dann hätten Sie es am Samstag, um drei Uhr in der Früh, schon genauso gelesen gehabt, wie ich. (*Zwiegespräche der Abgeordneten*)

Ich teile über weite Strecken Ihre Bedenken, aber das kann ich nicht so sehen. Die Information wäre schon früher zu haben gewesen. Ich habe es mir jedenfalls geholt. Von Wulkaprodersdorf nach Eisenstadt ist es nicht einmal halb so weit, wie von Illmitz nach Eisenstadt. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich war auswärts! Diese Tatsache habe ich bereits erwähnt!*) Es wäre machbar gewesen.

Schlussendlich komme ich zum Haftungsfall Nummer 2, der heute auch schon besprochen wurde. Wir wissen, dass zusätzlich ein Kredit bei der Bank Austria von 2004, glaube ich, bis 2011 zu bedienen ist. Schlussendlich sind das alles hier finanzielle Belastungen für das Land. Der Herr Landesrat Bieler hat heute die Summe in der Fragestunde mit 447 Millionen Euro beziffert. (*Zwiegespräche der Abgeordneten*) Sie haben diesen Betrag heute genannt, ich habe es mir aufgeschrieben. Ich wäre auf 460 gekommen, aber, mein Gott, in diesem Bereich liegt er ungefähr. Zu glauben, dass das Land Burgenland mit dem Verkauf der Bank mit einem Erlös von 100,3 oder mit 155 Millionen Euro an ein anderes Konsortium hier die Probleme bewältigt hätte, wäre wirklich ein Verkennen dieser Situation.

Nun zum Verkauf selbst. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Verkaufsvorgang ist die Linie der ÖVP immer klar gewesen. Seit dem Jahr 2002 oder 2003, als wir nach international renommierten Bankhäusern und Finanzexperten gesucht haben, die diese Bank verwerten können, war unsere Position immer klar. Jenen Experten, denen wir das Vertrauen schenken, die die Regierung beauftragt, diesen Experten werden auch wir dieses Vertrauen schenken, weil die Materie so komplex ist, dass man sich hier nur Sachverständiger bedienen kann.

Man ist damals durchaus redlich an die Sache herangegangen, bis eben Sand ins Getriebe gekommen ist, weil im Hinterzimmer des Landeshauptmannes Deals vereinbart wurden. Ich erinnere nur an PARS. Mirko Kovats wurde heute schon besprochen. Es war sicher eine wichtige Sache, dass sich der Burgenländische Landtag im August des Vorjahres, die Grünen haben sich damals sehr professionell der Debatte gestellt, dieser Situation genähert hat, denn für uns als ÖVP war dieser Deal aus vielen Gründen, die heute auch schon besprochen wurden, nicht annehmbar.

Schlussendlich sind auch die Freiheitlichen dann darauf gekommen, ich sage es nicht deutlich, aber doch, und haben schlussendlich auch dazu beigetragen, dass die SPÖ zur Raison gebracht und neuerlich ein Expertenteam rund um die HSBC beauftragt wurde, professionell diese Bank zu verwerten. Damals hat dieser Landtagsbeschluss dem Land Burgenland einen großen Dienst erwiesen. Der Barwert vom Verkauf an Mirko Kovats wäre 86 Millionen Euro gewesen. Teile herauskaufen, künftige Haftungen übernehmen, all das wissen wir.

Noch einen Satz dazu, ohne eine Wertung damit vorzunehmen: Ein ehemaliger Minister war im Konzern von Mirko Kovats tätig. Er hat dort vor wenigen Tagen sein Dienstverhältnis gekündigt. Er sagt, dass er mit der strategischen Ausrichtung des Konzerns nicht einverstanden war. Das sagt viel, oder auch wenig, ich sage es nur der Vollständigkeit halber. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Warum ist er denn nicht mehr Minister? - Zwiegespräche der Abgeordneten*) Die Glaubwürdigkeit der HSBC hat sich damals unsererseits beim Deal, der mit Mirko Kovats nicht zustande gekommen ist, eindeutig bestätigt. Die HSBC hat damals zu diesem Geschäft, zum Deal Land Burgenland -

Kovats, nichts gesagt. Wenn man weiß, was nichts sagen in solchen Situationen bedeutet, dann hat sich die HSBC damals korrekt verhalten. Deshalb gilt unser Vertrauen nach wie vor der Hongkong Shanghai Bank Corporation, dieser HSBC, und den Experten dieses Hauses.

Mit dem Neustart im September, ich habe es schon gesagt, haben diese unabhängigen Experten die Verwertung der Bank Burgenland wieder in Angriff genommen. Für uns war klar, dass für dieses Expertengutachten nur die HSBC für das Land Burgenland als Gutachter, als Sachverständiger beziehungsweise auch in Richtung der Sachverständigenhaftung tätig sein kann. Diese HSBC, die unser Vertrauen hat, hat nunmehr dem Land Burgenland mit einer Expertise eine klare Handlungsempfehlung gegeben. Diese Handlungsempfehlung lautet, nach Abwägen aller Vor- und Nachteile, auf einen Verkauf in Richtung Grazer Wechelseitige. Wir waren und wir sind nach wie vor überzeugt davon, dass die Experten der HSBC gute Berater des Landes Burgenland sind. Wir werden daher der Handlungsempfehlung, dieser Beschlussempfehlung, die heute hier im Burgenländischen Landtag auch zur Abstimmung gelangen wird, guten Gewissens unsere Zustimmung erteilen.

Zwei Dinge möchte ich aber doch noch anmerken: Wenn in diesem Zusammenhang zwei Parteien dieses Hohen Hauses, eine gestern in den Medien, und eine heute hier vom Rednerpult aus, über diese Vorgangsweise und über dieses Land von einer Bananenrepublik sprechen, (*Abg. Johann Tschürtz: Eine Bananenrepublik wird!*) dann kann ich dem nicht zustimmen. Das weise ich entschieden zurück. Wir sind sehr professionell an diese Sache herangegangen und ich glaube, wir tun der Bank Burgenland den besten Gefallen, wenn wir diese Bank möglichst rasch in ruhiges Fahrwasser gleiten lassen. Die Organbeschlüsse in der Regierung und im Landtag wurden und werden gefasst. Die Finanzmarktaufsicht auf österreichischer und ungarischer Seite kann also darangehen, diesen Verkauf zu prüfen und, so Gott will, das hoffe ich doch auch, zu genehmigen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem heutigen Beschluss die Bank Burgenland in einen guten Neustart entlassen. Wir werden dem ersten Tagesordnungspunkt, einerseits der Gesetzesänderung des Landes-Hypothekendarlehenbank Burgenland-Gesetzes, und auch dem zweiten Tagesordnungspunkt, dem Verkauf der Bank Burgenland an die Grazer Wechelseitige, unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute nach fünf Jahren andauernder, teilweise sehr konstruktiv, teilweise aber auch gehässig geführter Diskussion endlich einen Schlusstrich ziehen und damit einen entscheidenden Beschluss über die Zukunft der Bank Burgenland fassen, dann denke ich, dass wir zweifelsohne von einem historischen Tag sprechen können. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Man könnte eher von einem historischen Morgen sprechen, oder? - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Der Begriff einer Nacht- und Nebelaktion wäre noch treffender!*)

Der in der Vorwoche beschlossene Verkauf an die Grazer Wechelseitige Versicherung, es ist Tag Herr Kollege Vlasich, (*Zwiegespräche der Abgeordneten*) ist ein Sieg des Verantwortungsbewusstseins, wie ich diese Entscheidung bezeichnen möchte.

Der am Freitag unterzeichnete Kaufvertrag liegt heute zur Beschlussfassung vor und wir, seitens der SPÖ, werden diesem Vertrag mit unserer Mehrheit sehr gerne und aus voller Überzeugung zustimmen. Denn damit besiegeln wir eine Lösung, bei der es, aus unserer Sicht, nur Gewinner gibt. Wir haben in der Vergangenheit und im Verlaufe dieser Debatten zum Thema Bank Burgenland immer drei wichtige Aspekte ins Kalkül gebracht.

Diejenigen, die am meisten davon betroffen waren, sind jetzt die Gewinner. Zum einen die Bank selbst, denn sie bekommt einen renommierten, neuen Eigentümer, der die Selbständigkeit dieses Unternehmens sichert und neue Geschäftsfelder aufbauen will. *(Abg. Ilse Benkö: Zuerst produziert man einen Skandal und dann spricht man hier von einem Gewinn!)*

Gewinner sind zweifelsohne auch die, die in der Vergangenheit sehr stark zu den Leidtragenden gezählt haben, nämlich die Mitarbeiter der Bank Burgenland, denn alle Filialen und alle Arbeitsplätze bleiben erhalten. Die Zeichen stehen jetzt auf Expansion.

Weitere Gewinner sind die 25.000 Sparer und die 2.500 Klein- und Mittelbetriebe, die Kunden der Bank, denn sie bekommen einen starken, einen verlässlichen Partner. Gewinner ist schlussendlich natürlich das Land Burgenland, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Mit einem Minus von 500 Millionen Euro!)* denn mit diesem Verkauf setzen wir den bisher größten Schritt zur Bewältigung jenes Schadens, der vor dem Jahr 2000, das heißt vor dem Antritt dieser Landesregierung entstanden ist. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ein Minus von 500 Millionen Euro! Da ist aber noch einiges notwendig! - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Alle bisherigen Reaktionen, Frau Kollegin Krojer, vielleicht haben Sie auch diese vernommen, bestätigen nämlich, entgegen Ihrer Meinung wahrscheinlich, sehr wohl die Entscheidung der Landesregierung. Sprechen Sie mit den Mitarbeitern, sprechen Sie mit dem Management. Hier ist eindeutig eine Aufbruchstimmung zu verspüren.

Sprechen Sie mit den Kunden, die durchwegs positiv darauf reagieren. Sie fühlen sich, wie sie selbst sagen, gut aufgehoben. Auch ein sehr wichtiger Markt, nämlich der Kapitalmarkt, reagiert positiv, denn die Bank Burgenland kann sich weiter zu guten Konditionen refinanzieren.

Eine Verunsicherung auf diesem Sektor hätte unabsehbare Folgen nach sich gezogen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ihr habt es in der Hand gehabt!)* Wir haben es auch jetzt in der Hand. Nicht zuletzt, und ganz wichtig für uns, nicht erst seit gestern oder vorgestern, sondern schon seit beinahe sechs Jahren, ist die Bevölkerung des Burgenlandes. Denn die steht ganz eindeutig und ganz klar hinter dieser Entscheidung. Ich habe sehr viele Gespräche in der Vergangenheit, in den letzten Tagen, geführt und der Tenor war immer der gleiche.

Die Burgenländer sind schlussendlich froh und sind erleichtert über diese Lösung, denn sie wollen schlussendlich, dass die Bank aus der politischen Diskussion herauskommt und endlich nach vorne schauen kann. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Sie wollen das Land auf der sicheren Seite haben und keine unkalkulierbaren Risiken eingehen. Die Menschen wollen eines, und das haben wir in der Vergangenheit garantiert und heute wieder bewiesen, sie wollen sich auf die Landespolitik verlassen können. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dafür seid Ihr ja auch verantwortlich! - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Wir haben mit der Grazer Wechselseitigen Versicherung den idealen Partner gefunden, denn es handelt sich zweifelsohne um ein renommiertes, um ein etabliertes Unternehmen, ein Finanzinstitut mit sehr großem Know-how. Dieser Partner bürgt nicht nur für Sicherheit und für Stabilität, sondern auch für eine solide Zukunftsstrategie bei der Bank Burgenland.

Ich möchte, und dies ist, glaube ich, sehr wohl angebracht, im Namen meiner Fraktion auf jeden Fall allen Beteiligten danken, vor allem Landeshauptmann Hans Niessl und Finanzreferent Helmut Bieler, denn sie haben, trotz vieler Querschüsse, in den letzten fünf Jahren das Privatisierungsziel nie aus den Augen verloren. Ohne ihre Beharrlichkeit wäre die heutige Lösung nicht möglich. Ich denke das Land Burgenland ist ihnen zu Dank verpflichtet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich wollte bei dieser Debatte eigentlich den Rückblick, den nicht immer sehr erfreulichen Blick in die Vergangenheit und in die politische Begleitung bei diesem gesamten Bank Burgenland-Erbe und den damit verbundenen Folgen eigentlich keine Schmutzwäsche waschen und hier keine politische Abrechnung vollziehen.

Aber, Herr Kollege Strommer, Sie wollen das anscheinend doch. Sie sprechen von einem SPÖ-Skandal, nicht von einem Bank Burgenland-Erbe.

Nur zur Erinnerung: Damals war kein einziger Bank Burgenland-Vorstand SPÖ-Parteimitglied, aber zwei Vorstände waren Mitglied der ÖVP. Einer davon war sogar Klubobmann und Zweiter Landtagspräsident. Sie waren aber politisch damals anscheinend nicht dabei. *(Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich: Jetzt stellt sich sogar heraus, dass die Bank Burgenland eine „Schwarze Bank“ war! - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Wenn man zurückblickt, dann wurde dem Finanzreferenten und dem Landeshauptmann die Lösung dieses Bank Burgenland-Problems nicht gerade leicht gemacht.

Eine Zeit lang hat es den Anschein gehabt, als ob die ÖVP mit der SPÖ bei der Lösung betreffend Bank Burgenland auf einer gemeinsamen Linie war. Wir als SPÖ hatten immer ein ganz klares Ziel vor Augen, das auf die Schadensminimierung und auf die bestmögliche Zukunftslösung für die Bank Burgenland ausgerichtet war. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bis auf Kovats.)* Wir haben uns immer wieder bemüht, parteipolitischen Streit beiseite zu schieben. Eine Zeit lang war das auf Regierungsebene auch eine Koalition der Vernunft und man kann zweifelsohne auch auf gemeinsame beachtliche Etappenerfolge verweisen.

Die historische Wahrheit, Herr Kollege Strommer, meine Damen und Herren von der ÖVP lautet aber: Sobald es mit der Privatisierung ernst wurde, war die SPÖ immer auf sich allein gestellt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bei PARS, Kovats und Co. auf jeden Fall!)* Einige Beispiele: Beim Verkauf an die Hypo Alpe-Adria haben Sie erfolgreich mit Störmanövern aufgewartet. Das Maßnahmenpaket 2004 wurde torpediert und Sie sind heute anscheinend sogar stolz darauf, die Verantwortung nicht mitgetragen zu haben. Heute wissen wir aber, dass für einen erfolgreichen Neustart der Privatisierung dieses Maßnahmenpaket äußerst notwendig war. Sie zitieren ja so gerne den Rechnungshof: Dieser hat das nämlich auch bestätigt. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Der Verkauf an Mirko Kovats, den Sie heute ... *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was hat der Rechnungshof gesagt?)* Dass das Maßnahmenpaket notwendig war. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich würde schon den Satz weiterlesen, Herr Kollege! Den Satz zu Ende lesen!)* Mein Satz ist da aus. *(Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Der Verkauf an Mirko Kovats, Herr Kollege, wurde heute schon von Ihnen erwähnt und ich denke, heute kann man das ja genauso bestätigen, wie ich es damals gesagt habe. Sie haben diesen Verkauf als Wahlkampfthema zerrieben und Sie haben damit nachweislich einen Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Burgenland verursacht. Im Rückblick zeigt sich deshalb ganz klar für uns: Bis zur Landtagswahl im Oktober hat nicht nur für die Opposition, sondern auch für die ÖVP das Motto gegolten, dass keine Lösung die beste Lösung ist. Je näher der Wahltermin rückte, umso rabiater wurde dieses Dreiparteienhickhack. Zur Erinnerung: Wir haben dieses Thema dann ja oftmals hier in diesem Hohen Hause diskutiert.

Dazu nur einige Zahlen: 2005 gab es zur Bank Burgenland-Frage, drei dringliche Anfragen, acht Dringlichkeitsanträge und fünf Sondersitzungen, also jeden Monat beinahe.

Es hat auch einige hässliche Diskussionsbeiträge gegeben. Landeshauptmann Niessl und die gesamte SPÖ-Regierungsmannschaft wurden pauschal mit dem Strafgesetzbuch in Zusammenhang gebracht. Man hat ihnen Verfassungsbruch vorgeworfen und einen Bruch des Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetzes sogar in den Raum gestellt.

Die damalige „Dreiparteienopposition“, Herr Kollege Strommer, die ÖVP war dabei federführend, hat oft die unterste Schublade geöffnet. Bis heute vermisse ich noch immer Ihre Entschuldigung. Aber, ich begrüße es, dass die ÖVP jetzt zu einem gemeinsamen Weg zurückgefunden hat. Einige Fragen darf ich aber doch an Sie stellen, denn die kann ich Ihnen im Rückblick nicht ersparen.

Sollte es Ihnen nicht zu denken geben, dass die Privatisierung erst jetzt, wo die ÖVP keine maßgebliche Rolle bei den Verhandlungen mehr gespielt hat, geklappt hat? *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Diese Behauptung ist wirklich kühn! - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Ist es nicht sehr auffällig, dass es diesmal weder Indiskretionen noch nennenswerte Störmanöver gegeben hat? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na, ja! Bis auf NEWS, nicht wahr?!)*

Wäre der Privatisierungsprozess so schnell, so professionell und so zielorientiert abgelaufen, wenn Sie als ÖVP wieder Zünglein an der Waage hätten spielen können? Oder machen Sie jetzt nur gute Miene zum Spiel, weil für Sie ohnehin keine Alternative übrig bleibt?

Die Antworten darauf lasse ich dahingestellt, *(Abg. Matthias Weghofer: Na, dann müssen wir eigentlich jetzt dagegenstimmen, oder? - Zwiegespräche der Abgeordneten)* denn wir halten niemanden davon ab, aus seinen Fehlern zu lernen. Wir freuen uns aber, wenn Sie über den Schatten gesprungen sind.

Eines möchte ich aber schon auch noch festhalten: Ohne das Ergebnis der letzten Landtagswahl würde die heutige Privatisierung nicht in diesem Tempo vonstatten gegangen sein, wie es jetzt der Fall war, denn ich denke schon, dass diese Wahl ein reinigendes Gewitter war. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ohne die Verhandlungen im Hinterzimmer bezüglich PARS und Kovats wären wir schon früher zu einer Einigung gekommen. Ganz sicher!)* Ich glaube schlussendlich hat jetzt auch die ÖVP erkannt, dass mit der Bank Burgenland politisch nichts zu gewinnen war und sie hat jetzt eben die richtigen Schlüsse gezogen.

Eines noch zu Ihren Werbeslogans vor der Wahl, wo Sie groß plakativ gemacht haben: Zu viel Rot schadet. Heute wissen wir aber, dass mehr Rot für das Burgenland mehr weitergebracht hat, nämlich, eine gute Bank Burgenland-Lösung auf sehr breiter Basis. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entscheidung für den Verkauf ist nach sehr fairen Verhandlungen auf der Grundlage objektiver Kriterien erfolgt. Ich denke, und das muss nochmals von unserer Seite her gesagt werden, dass bis zum heutigen Tag auch das Gebot der Transparenz mustergültig eingehalten wurde. Sie, Frau Kollegin Krojer, haben, wie alle anderen auch, die Möglichkeit gehabt, am Freitag zwei Kilogramm an Informationen abzuholen, die gewährleistet haben, dass sich schon am Freitag alle im Landtag vertretenen Fraktionen ein umfassendes Bild über diesen Privatisierungsprozess machen können. Der Landtag kann alle Entscheidungsgrundlagen nachvollziehen, überprüfen, aber auch bewerten. *(Zwischenruf der Abg. Maga. Margarethe Krojer)*

Frau Kollegin, wir entscheiden alle, und das ist für mich Transparenz, auf gleicher Augenhöhe wie die Landesregierung. Mehr Transparenz, denke ich, gibt es nicht mehr.

Jedenfalls nach genauer Prüfung und Sie haben das natürlich auch gemacht, denke ich, dass diese ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, dass bei der Verkaufsentscheidung, alle rechtlichen Spielregeln penibel eingehalten wurden und das Verfahren professionell abgewickelt wurde.

Zurückblickend, es gab einen einstimmigen Beschluss über die Ausschreibungsformalitäten. Und hier wurden, nur zur Erinnerung, auch wesentliche Einwürfe der Opposition berücksichtigt. Das Verkaufsverfahren wurde von der HSBC abgewickelt. Die Verhandlungen wurden bis zur Abschlussphase von den Experten der HSBC geführt. Und es gab vor der politischen Entscheidung eine eindeutige Empfehlung der HSBC und des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Herbst. Heute wurde dieser mit Kritik belegt, ich blicke zurück, der jetzt zum Buhmann Gewordene, war im Vorjahr noch unumstrittener und gewünschter Experte.

Für die Landesregierung war der Zuschlag an die Grazer Wechselseitige auf der Basis eine glasklare Sache, das war eine logische, eine 110-prozentige Entscheidung. Dass diese Entscheidung diskutiert und in Frage gestellt wird, ist bei einem Geschäft dieser Größenordnung natürlich nicht überraschend, und wenn ein unterlegener Bieter reagiert, ist das nur allzu verständlich, es ist aber auch sein gutes Recht.

Sie können in Ihren Unterlagen selbst nachlesen, wie die beiden Angebote von der HSBC bewertet wurden. Für die GRAWE und Sie haben es uns vorgebracht, Frau Kollegin Krojer, waren wirklich vier Argumente entscheidend und die wurden ins Treffen geführt.

- Rasche Genehmigung durch die Finanzmarktaufsicht,
- geringere Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Ausfallhaftung des Landes,
- bessere Unterstützung der Bank Burgenland bei der Umsetzung der anstehenden Maßnahmen im Bankbetrieb und
- viertens, die vermuteten Reaktionen der Kunden und Kapitalmarktteilnehmer.

Jeder hat dies aus den uns übermittelten Berichten herausnehmen können. Die Schlussfolgerungen der HSBC waren logisch. Das höhere Kaufpreisangebot der SLAV-Gruppe wiegt die damit verbundenen höheren Risiken nicht auf. Deshalb die Entscheidung

der HSBC, Verkauf der Bank ... (Abg. Johann Tschürtz: Das ist eine subjektive Einschätzung.)

Wir haben das gelesen, Herr Kollege, so wie Sie. Deshalb wird der Verkauf der Bank Burgenland an die GRAWE empfohlen. Das war auch Ihre mitbeschlossene Vorgabe, hier in diesem Hohen Haus. Die HSBC soll eine Empfehlung aussprechen.

Drehen Sie die Bewertung der HSBC um, dann werden Sie erkennen, was das Land bei einer anders lautenden Entscheidung im Kauf genommen hätte, nämlich einen bis zu sechs Monate dauernden Schwebezustand, bis zur Genehmigung durch die FMA mit ungewissem Ausgang. Dieses Vakuum hätte die Bank Burgenland und die Mitarbeiter und die Kunden vor eine neue extreme Zerreißprobe gestellt. Ganz zu schweigen, wenn eine negative Entscheidung die Folge gewesen wäre.

Eine höhere Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Ausfallhaftung des Landes, wie wir schon gehört haben, in der Höhe von 3,1 Milliarden. (Abg. Maga. Margarethe Krojer: 3,1 Milliarden, das müssen Sie dazuzählen.) Und eben die nicht kalkulierbaren Kundenreaktionen und gerade das Vertrauen, das haben Sie schon gesagt, der Privat- und Firmenkunden. Was ja für eine Bank das wichtigste Kapital ist.

Und ich frage Sie jetzt, meine Dame und der Herr von der FPÖ, hätte sich die Landesregierung entgegen allen Expertenempfehlungen für diesen Weg entscheiden sollen? Das können Sie von einer verantwortungsbewussten Landespolitik doch nicht erwarten.

Denn lassen Sie mich kurz auf einige Gegenargumente eingehen, die in den letzten Tagen hier ins Treffen geführt wurden. Sechs Monate Prüfungsdauer durch die Finanzmarktaufsicht fallen nicht ins Gewicht, sagten Sie Herr Klubobmann Tschürtz. Dabei übersehen Sie geflissentlich, dass nicht nur der Faktor Zeit entscheidend ist. Wesentlich ist, dass die Prüfung eine Fahrt ins Ungewisse wäre. Sie wäre für die Bank und das Land ein Drahtseilakt mit Absturzgefahr. Und nicht, Herr Kollege Tschürtz, weil irgendwer den ukrainischen Bietern unlautere Absichten unterstellt, sondern einfach aufgrund der zu erwartenden Reaktionen des Marktes.

Ich darf hinzufügen, dass auch der zuständige Minister Grassler die Haltung des Landes verteidigt. Ein Zitat aus der „APA“ - Er kenne bisher keine ukrainische Bank in den 15 alten EU-Staaten. Daher hätte - laut Grassler - erst überprüft werden müssen, ob die ukrainische Bank die Unternehmensführungsstandards, etwa im Bereich der Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, oder im Kampf gegen den Terrorismus erfülle. - Zitat Grassler. Das sind seine Worte. (Abg. Maga. Margarethe Krojer: Seid wann verlasst Ihr Euch auf den Grassler?)

Das Land hat selbst bisher nur auf die Dauer und den offenen Ausgang verwiesen, auf sonst nichts. Es wurde behauptet, die GRAWE ist nicht Bestbieter. Sie haben vorher, dies nehme ich an, schon selbst korrigiert, denn in der Ausschreibung ist nicht der Kaufpreis das einzige und allein ausschlaggebende Kriterium gewesen.

Höchstbieter ist natürlich nicht gleichzusetzen mit Bestbieter. Wenn auch die Transaktionssicherheit, die weitere Geschäftsperspektive und vor allem die weitere Ausfallhaftung des Landes berücksichtigt wird.

Das Land Burgenland und das wurde schon erwähnt, vertraut nämlich dem neuen Eigentümer, auf seiner Reise in die Zukunft, einen Rucksack mit 3,1 Milliarden Euro in Haftungsverpflichtungen an. Und da ist es nur selbstverständlich, dass wir sehr sorgfältig

abwägen müssen, wohin diese Reise geht. Und ich bin überzeugt, dass auch diese Haltung EU-rechtlich einwandfrei ist.

Es wurde auch von Ihnen kritisiert, die österreichische Lösung. Konkret wurde auch von der Kollegin Krojer der Verfassungsrechtler Heinz Mayer in einem Presseinterview zitiert. Laut Mayer hat Landeshauptmann Niessl gesagt, es ginge um eine österreichische Lösung. Damit würden nationale Interessen gegen Wettbewerbsinteressen der EU ausgespielt.

Und hier ist Professor Mayer nicht präzise, denn Landeshauptmann Niessl hat bei der besagten Pressekonferenz, Frau Kollegin Krojer, schlicht und einfach eine Tatsache beschrieben. Die GRAWE ist ein österreichisches Unternehmen, das war kein Entscheidungsmotiv. *(Abg. Johann Tschürtz: Der Mayer hat schon ein bisschen Anerkennung in Österreich.)*

Herr Kollege Tschürtz, das darf aber auch kein Nachteil sein. *(Abg. Johann Tschürtz: Der Mayer ist ja nicht irgendwer, oder?)* Und auch in einem anderen Punkt war der Herr Mayer nicht vollständig informiert. Denn wenn er meint, der Rechnungshof sei am Zug, hat er eines übersehen, der Landes-Rechnungshof hat bereits mit 30. Jänner eine Initiativprüfung des gesamten Verkaufsprozesses in Gang gesetzt.

Wir begrüßen diese Initiative, die schon im Vorfeld der Privatisierungsentscheidung gesetzt wurde. Denn der Verkauf der Bank Burgenland, und auch das wollten Sie eigentlich immer, soviel ich mich zurückerinnere, muss jeder Kontrolle standhalten. Ich weiß, er wird jeder Kontrolle standhalten.

Ich halte fest, viele Äußerungen der letzten Tage waren Ferndiagnosen, ohne genaue Kenntnisse der Vertragsinhalte und Bewertungsgrundlagen. Das Land hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Es werden alle Kontrollinstanzen eingehalten und es wird keine Überprüfung gescheut. Der Verkauf dieser Bank Burgenland steht somit rechtlich auf sehr sicherem Boden. Lassen Sie mich aber noch einige politische Anmerkungen zu Ihrem Verhalten allgemein machen.

Herr Kollege Tschürtz, wenn Sie jetzt ein Anti-EU-Volksbegehren hinter sich gebracht haben, dann werden Sie ja hoffentlich nicht von großen ... *(Abg. Johann Tschürtz: Erfolgreich!)*

Ja, Sie haben es erfolgreich abgeschlossen. *(Abg. Ilse Benkö: Es waren ja immerhin 30 Prozent SPÖler dabei.)* Wenn man das bei einem Bauchfleck so sagen kann, dann sei es Ihnen überlassen. Aber ist es nicht kurios, dass Sie die Spielregeln der EU immer in Bausch und Bogen ablehnen, sich jetzt aber so, wie ein Gralshüter des EU-Wettbewerbsrechtes hier groß aufspielen in den letzten Tagen. *(Abg. Johann Tschürtz: Das habe ich vorher schon erklärt.)*

Und ist es nicht abenteuerlich, dass Sie bei jeder Gelegenheit und es war überall zu lesen „Österreich zuerst“ plakatieren, aber jetzt eine seriöse österreichische Lösung in Brüssel, das Sie immer anprangern, jetzt „vernadern“ und uns, den Verantwortlichen bei solchen Entscheidungen unterstellen, Unternehmen aus anderen Ländern, sprich jetzt der Ukraine, zu diskriminieren. *(Abg. Johann Tschürtz: Sie zitieren aus der Zeitschrift „NEWS“.)*

Also ich denke, das ist sehr wagemutig. Ich zitiere hier natürlich auch manchmal Zeitungsmeldungen, aber ich denke nicht, dass dies allein ausschlaggebend ist für meine Entscheidungen. Ich denke, das sollte auch bei Ihnen so nicht der Fall sein, ohne hier den

Wahrheitsgehalt von Zeitungsmeldungen zu hinterfragen. *(Abg. Johann Tschürtz: Wir sind für bilaterale wirtschaftliche Abkommen.)*

Ich weiß nicht, Herr Kollege Tschürtz, wie Sie das Ihren verbliebenen Wählern erklären, wenn Sie hier diesen Spagat mit Brüssel-Kritik und dann Brüssel-Inanspruchnahme ... *(Abg. Ilse Benkö: Da brauchen Sie sich keine Kopfzerbrechen machen, wie wir das unseren Wählern erklären. - Abg. Johann Tschürtz: Das hat ja mit der Verfassung nichts zu tun.)*

Ich erinnere nur daran und ich möchte Sie nur daran erinnern, dass Sie mit einer ähnlichen Vorgangsweise schon einmal gescheitert sind. Denken Sie nur zurück, Ziel 1-Förderungen vor einigen Jahren für das Lenzing-Lyocellwerk wurden jahrelang geprüft. Das war die FPÖ, die dieses Thema wieder und wieder aufgewärmt hat.

Das Ergebnis kennen wir, Lenzing-Lyocell ist heute ein erfolgreicher Leitbetrieb im Südburgenland. *(Abg. Ilse Benkö: Fragen Sie einmal, was ein Arbeitsplatz dort kostet.)* Und nicht einmal Sie, denke ich, können das, wenn Sie ehrlich sind, abstreiten. *(Abg. Johann Tschürtz: Diese Förderungen, wenn die die Klein- und Mittelbetriebe bekommen hätten, das wäre besser gewesen.)*

Sie haben die Förderungen 17 Mal schon vergeben, Sie haben die Bank Burgenland-Verpflichtungen schon aufgerechnet. Ich glaube, da ist sogar ein Kollege von Ihnen hergegangen und hat gesagt, was ist wenn man Tausender auflegt, da kann man, ich weiß nicht wie oft um den Erdball herumkommen, wenn man 1.000 Schilling-Scheine damals noch, auflegt oder Euro-Scheine. Und ich damals gesagt, das würde ja kein halbwegs normaler Mensch machen. Auf jeden Fall denke ich, dass Sie hier einen Spagat versuchen, der allemal wehtun kann.

Frau Kollegin Krojer, ich habe durchaus Verständnis, Herr Kollege Vlasich, ich spreche Sie an, die Kollegin Krojer ist jetzt nicht da, aber für die Grünen denke ich, ist die Entscheidung hier genau zu prüfen und abzuwägen, legitim. Das ist natürlich schwer in Ordnung und im Sinne einer konstruktiven Opposition natürlich höchst notwendig. Nur seit der gestrigen Präsidiäle ist natürlich schon einiges klar geworden.

Mir ist klar geworden, dass Sie nur taktieren. Das Zeitargument, das zieht sicher nicht. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ich werde Ihnen das Gegenteil dann beweisen.)* Denn Sie haben, nur um zurückzublicken, beim geplanten Verkauf an Dr. Mirko Kovats im Vorjahr, keine zwei Tage gebraucht, um quasi in einer Privatexpertise die Bankas Snoras hier als besseres Angebot zu ermitteln. Zwei Tage haben Sie gebraucht.

Jetzt war Ihnen beinahe eine Woche zu wenig, obwohl Sie alles serviert bekommen haben. Damals haben wir Ihnen das nicht servieren können, weil wir natürlich diese Expertise nicht hatten. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Wir hatten Gespräche mit dem Kovats, wir hatten Gespräche mit dem Herbst.)*

Wenn Sie Informationsnotstand beklagen, dann denke ich, tischen Sie der Öffentlichkeit hier bewusst ein Märchen auf. Seit Montag gibt es dieses Vertragswerk, ich denke, das hätte von der Zeit her gereicht.

Beim ersten Satz der Klubobfrau Krojer heute, waren aber meine letzten Bedenken, wo Sie hintendiert, zerstreut. Der erste Satz erklärte die ganze Absicht. Die Medien haben Ihr gefehlt, mediale Aufmerksamkeit. Sie haben offenbar ein Ausstiegsszenario gesucht und jetzt gefunden. Wenn Sie uns Ignoranz oder Arroganz vorwerfen, dann denke ich, müssten Sie, wenn ich jetzt genauso agieren würde wie Sie das tun, genau hier den Umkehrschluss auch für zulässig empfinden.

Wenn man Meldungen in Blickrichtung Ukraine und zurück hier zitiert - der Herr Klubobmann Tschürtz hat dies getan -, dann müssten Sie das natürlich auch weiter kommentieren, denn wenn Raiffeisen und UNIQA-Chefs hier dazu Stellung nehmen, dann ist nur hier erwähnt, dass es ein ukrainisches Konsortium gibt, das um fast 55 Millionen Euro mehr geboten hat, als die GRAWE. Nicht mehr und nicht weniger.

Wenn man hier kritisiert, dass der Herr Landeshauptmann eine österreichische Lösung beklatscht, wie es hier heißt, sprich die Empfehlung der HSBC als gute Empfehlung hier benennt, dann wird das eigentlich hier ins Lächerliche gezogen. Und ich denke nicht, wenn die Herren Klien und Stepic meinen, dass sie sich hier bei burgenländischen Angelegenheiten verbal über Medien einmischen müssen, dass ihnen das gut ansteht.

Und die Ukrainer hier global, professioneller als Österreicher zu bezeichnen und dies tut noch einer, ein Herr RZB-General Rottensteiner heute in der Presse, dann denke ich, ist das seine eigene Meinung. Aber er sagt eines, wo Sie jetzt einen Beschluss im ukrainischen Parlament zitieren und damit, denke ich, die Wichtigkeit dieses Verkaufes uns zum Ausdruck bringen wollen, er sagt nämlich, bei dieser Frage, ob hier jetzt Osteuropaängste entstehen, da ist das Thema nicht groß genug, um hier weltweit Wellen zu schlagen.

Also man sollte diese Meinungen doch sehr wohl mit einiger Skepsis und den nötigen Abstand hier diskutieren. Frau Kollegin Krojer, ich denke, dass Sie uns und der Öffentlichkeit, teilweise bewusst die Unwahrheit vermitteln wollen, wenn Sie den Finanzlandesrat befragen, ob er im Vorhinein FMA-Prüfergebnisse sagen kann. Das grenzt an Spekulation, beziehungsweise an Wahrsagerei oder Kaffeesudleserei.

Ich denke, dass alle diese offenen Fragen, die Sie angezogen haben, wirklich nur aus der Gerüchteküche stammen und nicht auf Grundlage von Expertisen herrühren. Aus unserer Sicht denke ich, haben die Grünen und dies nachweislich, fünf Jahre lang immer für eine Privatisierung der Bank Burgenland plädiert. Heute haben sie die Chance diese Entscheidung mitzutragen.

Meine Dame und der Herr Kollege von den Grünen, entweder konstruktive Opposition oder eben Fundamentalopposition, das ist Ihre Entscheidung. Aus unserer Sicht ist auf jeden Fall klar, wir halten die vereinbarte Lösung für sinnvoll und verantwortungsbewusst und würden sie daher, wenn notwendig auch allein beschließen.

Aber, wir laden sehr gerne alle ein, den Neustart der Bank Burgenland mitzuunterstützen. Und damit die Bank Burgenland unter neuer Eigentümerschaft durchstarten kann, braucht sie eben diese rasche Entscheidung. Sie braucht eine rasche Abwicklung aller Genehmigungsverfahren und sie braucht eine volle Kundenkonzentration.

Frau Kollegin Krojer, dies ist der einzige Grund, warum wir gegen ein künstliches Hinauszögern dieses Beschlusses sind. Wir wollen, dass die Bank Burgenland ihre Position als starke Landesbank behaupten und ausbauen kann. Und deshalb wollen wir schnell beschließen und schnell die notwendigen Beschlüsse haben, (*Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) um die Bank ganz schnell aus der politischen Diskussion wieder heraushalten zu können und deshalb ist der heutige Beschluss jetzt so wichtig.

Unser Ziel ist ganz klar, bis Jahresmitte soll eine Lösung für den gesamten Haftungskomplex auf Schiene stehen. Damit halten wir nach der Privatisierung der Bank Burgenland auch das zweite, wesentliche Versprechen an die Bevölkerung ein. Der

Landeshauptmann und der Finanzreferent und die Finanzabteilung haben sehr hart und massiv und intensiv an diesem Konzept gearbeitet und wir schlagen damit mehrere Fliegen auf einen Streich.

Das Land wird durch den Verkaufserlös aus der Bank Burgenland und durch den Verkaufserlös aus den Genossenschaftsdarlehen, durch die Erlöse der BELIG in die Lage versetzt, einen Großteil seiner Verpflichtungen vorzeitig abzuschichten. Damit reduzieren wir die Zinsbelastungen, die sich für das Land ergeben hätten, eben ganz deutlich. Es wurde Ihnen heute schon einige Male vorgerechnet, eine Verringerung um 280 Millionen Euro denke ich, ist eine hervorragende Lösung, die hier angepeilt wurde.

Und gleichzeitig können wir und das sei auch hier nicht zu vergessen und zu verniedlichen auf der Basis des „Niessl - Bieler Konzeptes“ auch den neuen Fonds für Arbeit und Wirtschaft speisen, mit 200 Millionen Euro. Diese werden für zusätzliche Konjunktur- und Arbeitsmarkimpulse neu und frisches Geld zur Verfügung gestellt.

Ich denke, das ist eine ganz wichtige Weichenstellung, eine der wichtigsten, wenn nicht überhaupt die wichtigste seit dem Jahr 2000. Die großen Linien der Finanzplanung stehen also und wir erwarten uns von der ÖVP, dass sie nicht nur im gemeinsamen Regierungsboot sitzt, sondern auch mitrudert und zwar in die gleiche Richtung wie wir. Die Forderung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters nach einem Kassasturz, ist dazu aber kein besonders ermutigendes Signal. Zwei Dinge stören dabei und das sage ich ganz offen.

Erstens, ist dieser Kassasturz sicher nur ein leeres Schlagwort. Sie haben das Budget mitverhandelt und auch mitbeschlossen. Wir haben den neuen Fonds sehr ausführlich diskutiert und Sie kennen die finanzielle Situation und die neuen Perspektiven bestens. Ihre Forderung nach einem Kassasturz ist Effekthascherei, denn niemand hindert Sie daran Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gute Vorschläge zu machen. Wir haben, und dies vor kurzem erst gehabt, immer unsere Neunerrunden mit allen Regierungsmitgliedern und mit den Klubobmännern.

Zweitens, frage ich mich, ob es nicht doch um etwas ganz anderes geht, denn Sie haben glaube ich, schlussendlich jetzt erkannt, dass Ihnen die Bevölkerung die ständige Bank Burgenland-Diskussion krumm nimmt. Sie sind schlecht beraten, wenn Sie jetzt auf Umwegen die Bank Burgenland im Gerede halten wollen.

Das wäre eindeutig unfair gegenüber den neuen Eigentümern, den Mitarbeitern, aber auch den Kunden. Ich denke es ist eine sehr gute, eine sehr vernünftige, eine zukunftsorientierte Weichenstellung für die Bank, für die Kunden.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, seien Sie glücklich, dass Sie heute hier auf der Regierungsbank sitzen und diese so wichtige historische Entscheidung mittragen dürfen. Ich denke, eine der wichtigsten Weichenstellungen für unser Heimatland Burgenland. (*Allgemeine Unruhe*)

Wir werden natürlich dem Verkaufserlös zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*der den Vorsitz übernommen hat*): Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Herr Präsident, Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist ein sehr gutes Zeichen für die Bank Burgenland, für die burgenländische Wirtschaft, für die Sparer und vor allem für den neuen Eigentümer,

dass die Privatisierung der Bank Burgenland heute mit einer sehr großen Mehrheit beschlossen wird.

Das zeigt, dass die Politik hinter dieser Privatisierung steht. Es wird ja nicht nur die Privatisierung beschlossen, sondern es wird darüber hinaus auch die Bedienung der Haftungen und damit die Lösung des gesamten Bank Burgenland-Erbes mitbeschlossen.

Und ich glaube, dass das auch sehr wichtig ist, denn nach jahrelangen Diskussionen ist es jetzt notwendig und wichtig, dass die Bank endlich in Ruhe arbeiten kann, damit sie nicht zum Spielball der Politik werden kann und so die gleichen Voraussetzungen hat, wie jede andere Bank.

Ich darf auch einige Anmerkungen machen, zum Beispiel zur Frau Klubobfrau Krojer. Es hat niemand gesagt, da werden Sie keinen Zeugen finden, dass wir eine österreichische Lösung angestrebt haben. Der Satz ist niemals gefallen, das ist unwahr und unrichtig. Und es hat auch niemand eine österreichische Lösung angestrebt.

Es waren mehrere Bieter da und diesen beiden Bietern, die schlussendlich auch die Verträge abgeschlossen haben, sind wir neutral gegenübergestanden.

Niemand, Herr Kollege Tschürtz hat gesagt, dass jemand von der SLAV-Gruppe die Unwahrheit gesagt hat. Dieser Satz ist ebenfalls nie gefallen. Ich habe das vielleicht einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt, aber da war die SLAV-Gruppe überhaupt noch nicht im Spiel. Das ist vielleicht vor vielen Monaten von mir gesagt worden, aber niemals im Zusammenhang mit der SLAV-Gruppe.

Dritter Punkt, Sie werden doch nicht annehmen, dass die Bank Burgenland eine so große internationale Bedeutung hat, dass das Parlament in der Ukraine zusammenkommt und darüber abstimmt, inwieweit der Finanzmarkt in der Ukraine liberalisiert bleibt, oder nicht liberalisiert bleibt.

Also da ist es schon so besser, Sie fragen einmal nach, Sie haben auch den Herrn Stepits zitiert, warum dort diese Diskussion geführt wird. Vielleicht liegt es an jenen, die dort agieren und nicht an der Privatisierung der Bank Burgenland, das ist realistischer, als diese Aussage.

Und Herr Klubobmann Strommer, wenn Sie dem Herrn Landesrat Bieler und mir diese Bank Burgenland-Sache in die Schuhe schieben wollen, da haben Sie damit schon zweimal Schiffbruch erlitten. Denn zweimal haben die Burgenländer gesehen, dass das üble Unterstellungen sind, dass das unrichtig ist. Wenn das nicht die Finanzmarktaufsicht gesehen hat, nicht die Wirtschaftsprüfer gesehen haben, dann soll es ein Abgeordneter, der ich damals war und der Klubobmann gesehen haben, was in der Bank Burgenland vorgeht?

Das ist eine Vorgangsweise, die ich nicht akzeptiere, die auch die Burgenländer nicht akzeptieren, denn die wissen, dass es anders war. Aufsichtsratsvorsitzender war der Präsident der Industriellenvereinigung und der einzige Politiker ist von der ÖVP dorthin entsandt worden, nur soweit zur Ihren Feststellungen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wichtig war auch, dass die Regierung am 6. September einen Beschluss über die Privatisierung der Bank Burgenland gefasst hat und ich denke, dass die sechs Punkte auch wesentliche Voraussetzungen waren, zur Privatisierung. Und diese sechs Punkte, die wir hier beschlossen haben, wurden auch zur Gänze beim Privatisierungsvorgang erfüllt.

- Die Höhe des Kaufpreises und die Sicherheit der Kaufpreiszahlungen,

- den Erhalt der Selbständigkeit der Bank Burgenland,
- eine Weiterführung der Bank Burgenland AG unter Vermeidung der Anspruchsnahme der Ausfallhaftung des Landes,
- die Vornahme allenfalls notwendiger Kapitalerhöhungen,
- die Transaktionssicherheit und
- die zeitlichen Erfordernisse bei der Durchführung der Transaktion.

Den Kaufinteressenten wurden diese Kriterien auch in einem Begleitschreiben mitgeteilt, in einem so genannten „process letter“.

Und Frau Klubobfrau Krojer, Sie haben sich auch darüber gewundert, wie kann die HSBC sagen, dass die zu erwartende Genehmigung durch die Finanzmarktaufsicht innerhalb kurzer Zeit und die hiermit eingehende Sicherung für die Umsetzung der Privatisierung schneller gegeben ist?

Eine klare Antwort, das ist ja eine Stellungnahme, die die HSBC abgegeben hat. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe das nie in Zweifel gestellt.*) Das ist auch ganz klar, weil die GRAWE zu 48 Prozent an der Hypo Alpe-Adria beteiligt ist, weil die GRAWE Eigentümerin der Kapitalbank und deswegen Finanzmarktaufsicht geprüft ist.

Deswegen kann auch eine Prüfung durch die Finanzmarktaufsicht sehr kurzfristig erfolgen, während die SLAV-Gruppe, beziehungsweise das (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich habe das nicht in Frage gestellt.*) ukrainische Konsortium in den alten EU-Ländern nicht Finanzmarkt geprüft ist und natürlich wenn man das erste Mal in den EU-Raum investiert, eine derartige Prüfung weit länger dauert.

Und deswegen ist auch der zeitliche Unterschied zu sehen und das ist ein wesentlicher Punkt in der Beurteilung durch die HSBC.

Der zweite Punkt betrifft die geringere Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Ausfallhaftung des Landes. Auch hier ist vertraglich fixiert, dass wir nach dem Closing für Kredite keine Gewährleistungen abgeben müssen, auch nicht für Beteiligungen. Es ist auch vertraglich fixiert, dass es bei der SLAV-Gruppe Gewährleistungen des Landes für die Bereiche Kredit und Immobilien auch nach dem Closing gegeben hätte.

Ein weiterer Punkt den die HSBC anführt, ist die bessere Unterstützung der Bank Burgenland bei der Umsetzung der anstehenden Maßnahmen im Bankbetrieb. Zum Beispiel Basel II. Auch hier hat die Bank Burgenland in Zukunft Handlungsbedarf, da die Kriterien nach Basel II umgesetzt werden müssen.

Die GRAWE hat hier schon eigene Programme entwickelt. Sie kann ihre Programme auch an die Bank Burgenland weitergeben, sie wird das auch tun, was natürlich ein Vorteil ist.

Ein weiterer Punkt den die HSBC angesprochen hat, sind die vermuteten Reaktionen der Kunden und Kapitalmarktteilnehmer der Bank Burgenland. Ich kann Ihnen versichern, dass es von den Kunden in den vergangenen Tagen sehr positive Reaktionen gegeben hat. Dass ich mit einigen Vertretern von Klein- und Mittelbetrieben gesprochen habe. Klein- und Mittelbetriebe die gesagt haben: „Das war eine gute Entscheidung.“

Vertreter anderer Banken, Konkurrenten der GRAWE, haben in der Bank Burgenland angerufen und gesagt: „Das war in dieser Situation eine absolut richtige Entscheidung.“ Ich denke, dass auch alle Interbanklinien aufrecht geblieben sind und dass sie auch in Zukunft aufrecht bleiben werden. Vor allem die Reaktionen der Kunden

zeigen, dass diese Entscheidung richtig war und auch die Beschäftigten, die Vorstände haben sich hier eindeutig deklariert und haben sich eindeutig dafür ausgesprochen.

Ich selbst war mit Landesrat Helmut Bieler bei der Finanzmarktaufsicht. Mit den zuständigen Vertretern der Finanzmarktaufsicht wurde ein Gespräch geführt. In diesem Gespräch ist ebenfalls klar zum Ausdruck gekommen, ähnlich wie es der Finanzminister der für die Finanzmarktaufsicht zuständig ist gesagt hat, dass die Prüfung des Konsortiums aus der Ukraine länger dauert, dass der Ausgang offen ist und dass die GRAWE bereits von der Finanzmarkt geprüft ist. Diese hat ein Single A im Ranking und dieses Ranking fehlt auch beim Konsortium und deswegen wäre auch eine längere Prüfung notwendig.

Ich denke, dass die Entscheidung auch deswegen richtig war, weil die GRAWE in diesem Finanzbereich bereits jahrelang Erfahrung hat. Sie hat in diesem Finanzbereich international 2.500 Mitarbeiter und ist in 12 Ländern international tätig. Ich bin überzeugt davon, dass durch diesen Privatisierungsvorgang die Bank Burgenland Tritt fassen kann, dass die Bank Burgenland ein starker Partner der Burgenländerinnen und Burgenländer ist und bleibt und in Zukunft eine sehr positive Entwicklung auch im Sinne der burgenländischen Wirtschaft nehmen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich beginne bei der Kooperationsvereinbarung, die die ÖVP mit der SPÖ nach dem Wahltag, oder nach der Landtagswahl, geschlossen hat.

In dieser Kooperationsvereinbarung haben wir uns verpflichtet, dass wir versuchen die großen Herausforderungen des Landes gemeinsam zu lösen. Wir haben bereits die ersten Schritte damit gesetzt, dass es gelungen ist, ein Budget für 2006 zu präsentieren, das ausgeglichen ist. Es wurde auch mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP hier im Landtag beschlossen. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit dem Fonds für Wirtschaft und Arbeit auseinandersetzt. Dieser Fonds wird dotiert.

Wir haben uns mit der Wirtschaftsförderung auseinander gesetzt, mit der Nachfolgeförderung nach der Ziel 1-Periode. Ich glaube, wir haben ein sehr brauchbares Ergebnis erzielt. Wir haben uns auch verpflichtet, dass wir die Privatisierung der Bank Burgenland gemeinsam durchführen. Auch hier wird heute mit dem Landtagsbeschluss ein Schlusstrich gezogen.

Den Auftrag hat der Burgenländische Landtag - und das darf ich in Erinnerung rufen - am 22. August 2005 gegeben. Am 22. August 2005 wurde mit einer eindeutigen Mehrheit im Burgenländischen Landtag beschlossen, dass die Bank Burgenland an den Bestbieter verkauft werden soll. Der Bestbieter ist von der HSBC aus dem Kreis jener Interessenten zu ermitteln, von denen ein verbindliches Angebot vorliegt. Das wurde bekanntlich auch mit den Stimmen der Grünen und der Freiheitlichen im Landtag so beschlossen.

Daraufhin gab es seitens der Burgenländischen Landesregierung eine Ausschreibung. Die Kriterien der Ausschreibung wurden bereits zitiert. Nämlich nicht nur der Kaufpreis ist entscheidend, sondern es sind noch andere Kriterien heranzuziehen wenn es darum geht, den Bestbieter zu eruieren. Ich habe mir erlaubt, beim

Pressegespräch diese Kriterien aufzuzeigen. Mein Vorredner hat bereits diese Kriterien betont, nämlich nicht nur die Höhe des Kaufpreises und die Sicherheit der Kaufpreiszahlung sind ganz wesentlich, sondern auch der Erhalt der Selbständigkeit der Bank, die Weiterführung der Bank Burgenland unter Vermeidung der Inanspruchnahme der Ausfallhaftung des Landes, die Vornahme allenfalls notwendiger Kapitalerhöhungen, Transaktionssicherheit und letztendlich die zeitliche Erfordernis bei der Durchführung der Transaktionssicherheit.

Die HSBC hat uns am 5. März 2006, das war ein Sonntag, um 14 Uhr eine Unterlage in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt. Vom Finanzreferenten wurde heute schon betont, dass nicht nur die ÖVP diese Unterlagen bekommen hat, sondern alle Regierungsmitglieder. Der Herr Landeshauptmann hat mich am Vortag angerufen und mich eingeladen. Ich habe ihm den Vorschlag gemacht, dass wir alle Regierungsmitglieder einladen sollten, damit wir darüber befinden können, damit wir darüber diskutieren können.

Wir haben in diesen Stunden des Gesprächs mit der HSBC, aber auch mit dem Aufsichtsratspräsidenten Dr. Herbst verschiedenes hinterfragt. Wir haben uns sehr eingehend mit dieser Thematik auseinander gesetzt. Ich möchte nur einige wesentliche Punkte herausgreifen. Vieles ist schon gesagt worden. Wenn zum Beispiel der Kaufpreis gegenübergestellt wird, auf der einen Seite das Angebot der SLAV-Gruppe in der Höhe von 155 Millionen Euro, auf der anderen Seite der Kaufpreis der GRAWE mit 100,3 Millionen Euro, dann muss allerdings auch gesagt werden, dass der Vertragsentwurf der SLAV-Gruppe, ich zitiere: „... noch Gewährleistungen des Landes für die Bereiche Kredit und Immobilien enthält, die sich kaufpreismindernd auswirken können.“ So steht es in diesem Gutachten. Man muss das fairerweise auch einpreisen. Das möchte ich ganz deutlich sagen.

Der zweite Punkt betrifft die Unsicherheit des Kaufpreises. Auch hier wird eindeutig im Gutachten der HSBC darauf hingewiesen, dass sich die GRAWE, lassen Sie mich das ausführen Herr Abgeordneter, eine inländische Versicherungsgruppe mit einwandfreier Bonität, zur Zahlung des Kaufpreises mit spätestens 30. Juni 2006, zum Tag des Closings, verpflichtet hat.

Erst nach Abschluss des Kaufvertrages und nahe zum Zeitpunkt des Closings soll die SLAV-AG durch eine entsprechende Kapitalerhöhung in die Lage versetzt werden, den Kaufpreis aufzubringen. Hier wurde uns klar gemacht, dass es hier einen ganz anderen Mechanismus geben muss, damit wir zu diesem Kaufpreis kommen. Dieser Mechanismus wäre mit gewissen Unsicherheiten behaftet gewesen.

Ich möchte noch auf ein Drittes hinweisen. Ich zitiere das Gutachten von HSBC: „Das Risiko des Landes aus der Ausfallhaftung zukünftig in Anspruch genommen zu werden, richtet sich maßgeblich nach dem Risikoprofil der Bank, welches in der Zukunft wiederum von dem neuen Eigentümer bestimmt wird.“ Das bedeutet, hier kommen die unmittelbaren Reaktionen der Kunden und der Geschäftspartner der Bank Burgenland hinzu.

All das war für uns neben dem Preis ausschlaggebend. Von erheblicher Relevanz war auch der Umstand, dass nämlich die Aktivbank in Kiew als neue Tochtergesellschaft in die Bank Burgenland einzubringen gewesen wäre. Das hätte laut Gutachten von HSBC folgendes Risiko. Ich zitiere: „Bei wirtschaftlichen oder politischen Problemen in der Ukraine kann ein Abwertungsbedarf auf diese Beteiligungen entstehen, dessen Umfang das operative Ergebnis der Bank Burgenland deutlich übersteigt. Im Extremfall könnte hiermit ein Verlust von wesentlichen Teilen des Eigenkapitals verbunden sein, der die

Insolvenz der Bank Burgenland bedeuten und im Ergebnis zur Inanspruchnahme des Landes aus der Ausfallhaftung führen kann.“

All diese Dinge waren letztendlich ausschlaggebend, warum wir uns entschlossen haben, die Bank an die Grazer Wechselseitige als Bestbieter zu verkaufen. Das war letztendlich auch im Gutachten ganz klar und deutlich herauszulesen. Ich habe dann auch noch den Herrn Dr. Herbst gefragt, ob er das genauso sieht als Fachmann. Dr. Herbst hat geantwortet: „Selbstverständlich, dieses Gutachten von HSBC kann ich vollinhaltlich mittragen.“

Das waren letztendlich die ausschlaggebenden Momente. Ich möchte das nur erklären und noch eines, weil von Verschwiegenheit gesprochen wurde, vom Herrn Klubobmann Illedits zum Beispiel. Ich zitiere hier eine Presseunterlage der SLAV-Gruppe und jeder kann sich seinen Reim darauf machen. Ich zitiere: „Unbeschadet der vereinbarten Verpflichtung zur Verschwiegenheit hat die Landesregierung Sachverhaltselemente unseres Angebotes öffentlich gemacht. Dies ist eine klare Verletzung der Verschwiegenheitspflicht.“ Darauf kann sich jeder einen Reim machen.

So viel zu dieser Verschwiegenheitsdiskussion, die vorher geführt wurde. Letztendlich möchte ich noch eines klarstellen: Hätten wir damals dem Angebot vom Herrn Kovats zugestimmt, wo die Freiheitliche Partei nach kurzer Prüfung gemeint hat, das ist ein Topangebot, das sich dann letztendlich als „Flopangebot“ herausgestellt hat, wären wir schlechter ausgestiegen als wir jetzt zu einem guten Preis an die Grazer Wechselseitige mit verschiedenen Sicherheiten verkauft haben.

Das möchte ich schon sagen. Wenn ich die beiden Angebote gegenüberstelle, das Angebot von Mirko Kovats und das Angebot der Grazer Wechselseitigen: Kaufpreis netto barwertmäßig Kovats: 86 Millionen Euro, Angebot GRAWE: 100,3 Millionen Euro. Kaufpreissicherheit Angebot Kovats nur Patronatserklärung, Angebot Grazer Wechselseitige hundertprozentige Sicherheit durch sofortige Zahlung des Kaufpreises. Landeshaftung für zukünftige Geschäfte bei Angebot Kovats bis 1. April 2007, Angebot Grazer Wechselseitige keine.

Das heißt, dass wir damals richtig entschieden haben als wir dem Kauf vor der Landtagswahl nicht zugestimmt haben. Das war eine richtige Entscheidung. Die Entscheidung die wir heute treffen, glaube ich, ist ebenfalls eine richtige Entscheidung, weil diese Bank an den Bestbieter verkauft wird. Daher gibt es auch hier eine Zustimmung seitens der ÖVP-Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Bieler.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können mir glauben, dass mir mit dem heutigen Landtagsbeschluss zur Privatisierung der Bank Burgenland ein großer Stein vom Herzen fällt. *(Abg. Ilse Benkö: Das glaube ich!)* Wir haben eine Lösung zum heutigen Beschluss vorgelegt, die es ermöglicht, einen finanzstarken soliden Partner zu präsentieren, der die Bank Burgenland als selbständiges Unternehmen weiterführt und somit die sichere Zukunft der Bank Burgenland gewährleistet. Es ist für uns auch entscheidend, weil wir auch weiterhin die gesetzlichen Haftungen des Landes zu tragen haben. Dafür bietet, unserer Meinung nach, die GRAWE ein Höchstmaß an Sicherheit.

Ich habe mich sehr gefreut, als ich vorige Woche von Dr. Ederer, dem Vorstandsdirektor der GRAWE, einen Brief bekommen habe, wo er sich für die

Professionalität, die Korrektheit, die Diskretion und die Aufrichtigkeit der burgenländischen Verhandlungspartner bedankt. Ich gebe diesen Dank gerne an Dr. Rauchbauer, an Dr. Herbst, an Herrn Mag. Nyul und die Mitglieder der HSBC weiter, weil sie Hauptverhandler waren.

Wir haben monatelange Verhandlungen geführt. Ich war natürlich als zuständiges Regierungsmitglied ständig am aktuellen Stand und informiert. Wir haben 24 Parteien gehabt, die auf unsere Ausschreibung reagiert haben. 14 Parteien haben Interessenskundgebungen abgegeben. Vertraulichkeitserklärungen wurden ausgetauscht. Es gab dann vier indikative Angebote und letztendlich zwei definitive Angebote.

Wir haben dann, und auch das habe ich heute schon gesagt, am 3. März 2006 mit der GRAWE endverhandelt. Der Herr Landeshauptmann und ich waren dabei. Wir haben die Fragen, die noch übrig geblieben sind, die Positionen, vor allem Kaufpreis, vor allem die Zeit zwischen Vertragsunterzeichnung und Closing und andere Bereiche geklärt. Wir haben dann, die HSBC und Dr. Herbst, am 4. März 2006 mit der SLAV-AG, mit dem ukrainischen Bieterkonsortium, den Vertrag endgültig ausverhandelt. Am 5. März 2006 ist dann das Gutachten der HSBC gekommen. Alle Regierungsmitglieder haben gemeinsam entschieden, dass die GRAWE den Zuschlag bekommen soll.

Ich darf Ihnen einige Eckpunkte dieses Vertrages nennen und wiederholen. Der Kaufpreis von 100,3 Millionen Euro, der zum Tag des Closings bezahlt wird, wurde schon erwähnt. Es gibt eine ganz eindeutige Empfehlung der HSBC, wo natürlich auch einer der Punkte die heute schon aufgezählt wurden, die Transaktionssicherheit - ich werde dann noch weitere Punkte sagen - eine wichtige Rolle gespielt hat.

Der Herr Landeshauptmann und ich waren bei der FMA und haben mit ihnen gesprochen. Die Finanzmarktaufsicht gab eine eindeutige Aussage: „Bei der GRAWE brauchen wir zwei bis drei, maximal vier Wochen bis wir die Prüfung abgeschlossen haben, weil wir die GRAWE kennen.“ Es wurde auch ein positiver Abschluss dieses Verfahrens zugesagt. Bei der SLAV-AG, den ukrainischen Bietern, die nicht der Finanzmarktaufsicht bekannt sind, werden vier bis wahrscheinlich sechs Monate dafür gebraucht, bei einem offenen Ergebnis. Das heißt, die FMA konnte nicht sagen, ob positiv oder nicht positiv. Das heißt, beide Ergebnisse wären möglich gewesen. Das war ein wichtiger Grund, warum auch die HSBC die GRAWE als Bestbieter und als sicheren Bieter genannt hat.

Die GRAWE hat eine Kapitalaufstockung von mindestens 40 Millionen Euro zugesagt. Das ist notwendig, weil mit nächstem Jahr, am 1. April 2007, die Haftungen für die Bank Burgenland auslaufen. Das ist EU-weit geregelt. Dazu ist daher eine notwendige Eigenkapitalaufstockung erforderlich. Ich darf dazu erinnern: Diese Haftungen, die dann schlagend werden, wenn die Bank Burgenland in Konkurs geht und nur in diesem Fall, werden in drei Schritten abgehandelt.

Erstens. Die am 2. April 2003 bestandenen Verbindlichkeiten sind bis zum Ende ihrer jeweiligen Laufzeit durch das Land gedeckt. Das gilt für alle Länder in ganz Europa, für alle Bundesländer in Österreich.

Zweitens. Die vom 2. April 2003 bis 1. April 2007 eingegangenen Verbindlichkeiten, sind bis maximal 30. September 2017 gedeckt. Das hat sich durch den jetzigen Vertrag etwas verändert, weil das mit dem Tag des Closings frühzeitig getan wird. Nach dem 1. Juli 2007, in dem Fall mit dem Tag des Closings, haben wir mit den Grazern ausgemacht und im Vertrag fixiert, dass wir keine weitere Landeshaftung im Bereich der Kredite, der

Leasinggeschäfte und der Liegenschaften brauchen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Zwei Millionen Euro!*)

Für die Zeit zwischen Vertragsunterzeichnung und Closing gibt es einen Freibetrag von zwei Millionen Euro, der, wenn er überschritten wird, vom Land bezahlt werden muss. Wobei beide Vertragspartner davon ausgehen, dass nichts notwendig ist, weil die GRAWE alle Kredite geprüft hat. Wir haben weiters mit der GRAWE ausgemacht, dass wir frühzeitig die Garantievereinbarung 1 - HOWE - ablösen können, zu einem Preis von 229 Millionen Euro, dass eine Vorfälligkeitsprämie von 12,87 Millionen Euro gezahlt werden muss, also insgesamt 242 Millionen Euro. Ich komme beim Finanzplan noch näher darauf zu sprechen.

Bezüglich der Swaps wurde ebenfalls eine Lösung getroffen: Bis zum 30. Juni 2006 werden die anfallenden Zinsen und Zinseszinsen frühzeitig bezahlt (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: 50 Millionen Euro!*) - 26,98 Millionen Euro. Natürlich, und das wäre mit jedem anderen Partner auch so gewesen, bleibt die Bank Burgenland die Hausbank des Landes. Natürlich gibt es auch gewisse Gewährleistungen bezüglich der Korrektheit des Jahresabschlusses, der Korrektheit der Angabe des Eigenkapitals der Bank Burgenland und der Eigenmittel, die ebenfalls bestätigt werden müssen.

Weiters gibt es einen Verlustvortrag von 400 Millionen Euro, wobei wir natürlich nicht sagen können, ob der jeweilige Käufer, in dem Fall die GRAWE, diesen Verlustvortrag tatsächlich auch realisieren kann. Die allgemeinen Haftungen, die in jedem Vertrag gelten, sind mit 40 Prozent gewährleistet, die Verlustvorträge mit 60 Prozent, die Abgaben und Beihilfen mit 100 Prozent, alles gedeckelt mit der Höhe des Kaufpreises.

Heute wurde schon sehr heftig diskutiert, was es bedeutet, dass die Bank Burgenland bis zum Tag des Closings zusätzliche Anleihen in der Höhe von 700 Millionen Euro begeben wird. Wir haben uns erkundigt. Alle Hypos in Österreich haben bei der Pfandbriefstelle solche Anleihen angemeldet, in der Höhe von mehr als fünf Milliarden Euro. Das heißt, die Länder und auch die Landeshypos nutzen noch die Phase der Haftung der Länder bis zum 1. April 2007 aus. In anderen Bundesländern ist das ein durchaus üblicher Vorgang, bei uns ein Skandal und ein riesiges Problem.

Wir haben weiters ausgemacht, dass wir die Liegenschaften, die heute schon diskutiert wurden, zum Buchwert übernehmen. Das eine soll über den Aufsichtsrat der WiBAG geschehen, sodass man sich informiert und sie dann das auch tatsächlich übernehmen, und das andere - VIVA - soll von der BELIG übernommen werden.

Es gibt natürlich aufschiebend bedingte Normen, die eingehalten werden müssen, nämlich, dass die Regierung diesen Kauf beschließt, dass der Landtag diesen Kauf beschließt, dass es eine Zustimmung der österreichischen und ungarischen Finanzmarktaufsicht gibt und dass auch die Kartellbehörde zustimmt.

Weiters haben wir mit der GRAWE ausgemacht, dass ein Aufsichtsrat in der Bank Burgenland bleibt, den das Land bestimmen kann. Dr. Ulrich hat mir mitgeteilt, dass er mit dem Tag des Closings aus dem Vorstand ausscheiden wird. Auch Dr. Herbst wird mit dem Tag des Closings als Präsident des Aufsichtsrates natürlich ausscheiden, weil damit seine Aufgabe, die Privatisierung der Bank Burgenland, gelöst ist.

Man muss natürlich auch einiges zur EU-rechtlichen Seite sagen. Die Kommission hat in einer Entscheidung bezüglich Privatisierung eines französischen Unternehmens ganz eindeutig festgestellt, dass es auch andere Elemente als den Preis zu berücksichtigen gilt. Es gilt daher, bei der Bewertung des höchsten Angebotes auch die Übernahme von Risiken des Käufers, aber auch das verbleibende Risiko beim Verkäufer

soll mit in Betracht gezogen werden. Es gilt der Grundsatz des privaten Investors, der nicht außer Acht gelassen werden darf.

Es kommt also darauf an, ob das nominal niedrigere Angebot auch für einen Privaten vernünftigerweise attraktiver erscheinen könnte, als das höhere Angebot. Liegt auch das niedrigere Kaufangebot über dem geschätzten Marktwert des Unternehmens, das heißt dem Unternehmenswert, dann muss man von einem attraktiven Angebot sprechen. Dies alles in Zusammenschau mit etwaigen qualitativen Kriterien.

Zusammenfassend kann man also sagen und festhalten, dass der Privatisierungsprozess sowohl auf die Privatisierungsentscheidung für die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen entwickelten Kriterien den EU-Richtlinien beziehungsweise -Kriterien entsprochen haben. Das Land Burgenland bediente sich eines transparenten, nicht diskriminierenden und bedingungsfreien Bieterverfahrens zur Ermittlung des Bestbieters. Die Kriterien für die Erteilung des Zuschlages wurden den Bietern frühzeitig mitgeteilt.

Allen Bietern wurde ausreichend Gelegenheit gegeben, sich über den Verkaufsgegenstand zu informieren. Die GRAWE ist daher als Bestbieter anzusehen, dem der Zuschlag auch erteilt wurde und dem auch keine unzulässige Beihilfe gewährt wurde, weil der Unternehmenswert der Bank Burgenland unter dem Kaufpreis liegt. Man kann den Unternehmenswert nicht irgendwie festsetzen, aus taktischen oder anderen Überlegungen, sondern das kann nur durch eine Bewertung passieren und muss auch so hingenommen werden.

Das heißt, es ist eindeutig klar, dass keine EU-Leitlinien verletzt wurden, weil das Verfahren in voller Transparenz, der Zuschlag an die GRAWE nicht diskriminierend war, und aufgrund des Unternehmenswertes der Bank Burgenland keine unzulässige Beihilfe vorliegt.

In diesem Zusammenhang, weil es heute auch schon erwähnt wurde, möchte ich schon dazusagen, dass die Vorgangsweise des Verfassungsrechtlers Heinz Mayer als Beispiel genannt werden kann, wie man nicht handeln sollte, ohne Details zu kennen. Mayer hat sich, ohne den Sachverhalt näher zu kennen, als Außenstehender dazu geäußert. Das ist nicht wirklich seriös und das sollte man auch nicht tun.

In diesem Zusammenhang muss ich es sagen, weil wir mit dem Vertrag der heute vorliegt, die Voraussetzungen geschaffen haben. Nämlich die Finanzierung, die Lösung des Bank Burgenland-Problems tatsächlich auch vorzunehmen. Wir haben jetzt festgestellt, dass das Gesamtobligo Bank Burgenland-Erbe 447,6 Millionen Euro beträgt, dass wir bis zum 30. Juni des heurigen Jahres 301,9 Millionen Euro an die GRAWE, an die Bank Austria bezahlen werden. Wir haben Einnahmen in der Höhe von 346 Millionen Euro und werden noch 145,7 Millionen Euro für weitere Bedienung der Raten an die Bank Austria beziehungsweise der Swaps benötigen.

Wenn man nun diese 447,6 Millionen Euro hernimmt, die tatsächlich geleistet werden müssen und dann die Zahl, die der Rechnungshof hochgerechnet hat, auf das Jahr 2025, niemand weiß genau warum das passiert ist, dann können wir sagen, dass wir im Vergleich zum Rechnungshof - und das sollte ja einigermaßen seriös sein - 280 Millionen Euro weniger bezahlen müssen, als das der Rechnungshof aufgezeigt hat, und zwar durch diese absolut gescheitete und vorzeitige Ablöse an die GRAWE. Das ist ein Weg, der sinnvoll ist, der gescheit ist, der die Belastungen des Landes vermindert!

Ich möchte mich bei der Mehrheit der Abgeordneten des Burgenländischen Landtages bedanken, dass sie den heutigen Verkaufsvorschlag an die GRAWE zustimmt,

und dass sie auch den Weg mitgeht, das Bank Burgenland-Erbe endgültig zu lösen. Wir können damit eine langjährige Diskussion abschließen und zu einem guten Ende führen. Ich danke Ihnen! (*Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Vlasich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Angst, ich werde nicht den ganzen Vertrag durchgehen, sondern einige Klarstellungen, die mir wichtig sind, hier noch erwähnen, damit das Ganze etwas abgerundet wird.

Werter Herr Landeshauptmann! Sie haben meiner Kollegin ein Zitat abgesprochen, das Sie so nicht gesagt hätten. Ich habe jetzt hier eine Meldung vom ORF vom 10.3. Das war der Tag der Vertragsunterzeichnung im Schloss Esterhazy, wo Sie laut ORF sagen: „Die GRAWE sei ein sehr fundiertes Unternehmen und ein Wunschpartner des Landes“, so Niessl.

Also ein Wunschpartner des Landes, jetzt können Sie wohl nicht sagen, dass Sie das in dieser Form nicht gesagt hätten. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Ich habe etwas anderes gesagt.*)

Die Frau Krojer hat gesagt, Sie hätten gesagt, dass Sie eine österreichische Lösung ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Nichts von der österreichischen Lösung gesagt!*) Nein! Ich habe gesagt: „Sie haben gesagt, dass die GRAWE ein Wunschpartner des Landes sei.“

Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, ... (*Landeshauptmann Hans Niessl: Sie berufen sich auf die Frau Klubobfrau, die gesagt hätte, ich hätte eine österreichische Lösung angesprochen.*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Bitte keine Zwiegespräche, auch keine direkte Ansprache.

Bitte fahren Sie mit Ihrer Rede fort.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE) (fortsetzend): Der Verkauf an die GRAWE sei eine vernünftige Lösung,“ haben Sie gesagt (*Landeshauptmann Hans Niessl: Sie korrigieren sich jetzt.*), „weil es auch eine österreichische Lösung ist.“ So steht es hier in diesem Zitat. (*Landeshauptmann Hans Niessl: Sie hat es anders gesagt.*)

Ich habe das gesagt, was hier im Zitat steht, und dann habe ich gesagt, dass die GRAWE ein Wunschpartner des Landes sei. Das haben Sie gesagt, Herr Landeshauptmann. Ich kann auch nichts dafür, dass Sie von den Medien immer anders interpretiert werden, als Sie es sagen. Das war das eine.

Das Zweite, was mir auch wichtig ist, noch zu sagen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat gesagt: Am Sonntag, um 14.00 Uhr, sei man zusammengekommen, dann haben wir geprüft, HSBC, der Herr Aufsichtsratspräsident Herbst sei da gewesen, Frage-Antwort-Spiel. All das sei sehr wichtig für die Entscheidung der ÖVP gewesen.

Herr Landesrat Bieler hat ebenso gesagt: Am Sonntag sei geredet worden, Gespräche mit den entsprechenden Partnern geführt worden.

Das ist alles in Ordnung und alles sehr wichtig. Nur, Sie sprechen von Transparenz, Herr Klubobmann Illedits, von einer gebotenen Transparenz, die vorhanden

gewesen sei. Diese Transparenz und Möglichkeit hatten wir, die Opposition, von der Sie behaupten, dass sie jetzt Fundamentalopposition betreibt, tatsächlich nicht.

Ich sage Ihnen warum! Sie haben gesagt, beim Kovats wussten wir nach zwei Tagen, worum es geht. Damals ist die Sache ganz anders abgelaufen, und ich weiß auch warum. Weil damals andere Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause vorgeherrscht haben und Sie es sich nicht leisten hätten können, an den Mehrheiten, an den tatsächlichen Mehrheiten, vorbeizugehen.

Damals war es so, dass noch vor der Pressekonferenz das Gespräch mit uns gesucht wurde, dass der Herr Kovats, der Herr Landesrat Bieler und der Herr Rauchbauer uns in einem gemeinsamen Gespräch über die Bedingungen informiert haben und dass wir dann zwei Tage später, nachdem wir diese Informationen verdaut hatten, unsere Zweifel angemeldet haben. (*Zwiesgespräche in den Reihen*) Das waren die Fakten. Es geht uns hier nicht ums Taktieren, es geht uns nicht um Gerüchteküche. Wir haben nichts politisch zu gewinnen. Niemand heute! (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sie haben zu verlieren - politisch!*) Es geht aber darum, dass wir hier die Fakten noch einmal auf den Tisch legen.

Jetzt hören Sie gut zu! Wir haben nichts dagegen, dass die HSBC die Bewertung so abgegeben hat. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Das haben wir immer gesagt. Wir haben nichts gegen die Entscheidung der Landesregierung. Wir nehmen das so zur Kenntnis.

Aber, wir haben uns die Zeit genommen, diese zwei Kilo zu prüfen, und wir haben geprüft. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: So? Gestern haben Sie es noch nicht gelesen gehabt.*) Uns ist etwas aufgefallen, was wir gerne in einem Gespräch, in einem Antwort-Frage-Spiel mit den betroffenen Verhandlern durchbesprochen hätten. Es geht um die so genannte Bestandsgarantie.

Herr Landeshauptmann Niessl hat unter anderem Folgendes gesagt - Zitat: „Er hob vor allem die zugesagte Bestandsgarantie hervor.“

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl hat heute unter anderem gesagt: „Die Bestandsgarantie sei ein wesentlicher Punkt gewesen.“

In der „BF“ lese ich groß auf der Titelseite: „Die Bestandsgarantie. Die Selbständigkeit der Bank wird erhalten bleiben.“

Nun zur Seite 32 des Vertrages, deswegen habe ich dieses Konvolut hier. Ich lese Ihnen vor: „Ungeachtet“ ... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir können selber auch lesen.*) Offensichtlich nicht!

„Ungeachtet der vorstehenden Verpflichtung der Käufer sind die Käufer bis 31.12.2010 verpflichtet, vor Übertragung der Aktien an einen oder mehrere Dritte, ausgenommen an Konzerngesellschaften der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft die vorangehende Zustimmung des Verkäufers einzuholen.“

Was heißt das? Das heißt nichts anderes, als dass die GRAWE nach dem 31.12.2010 an einen oder mehrere Dritte diese Bank eigentlich vergeben kann, Aktien an einen oder mehrere Dritte verkaufen kann. Uns wäre es wichtig gewesen, diesen Punkt zum Beispiel durchzubesprechen und zu sagen, wenn wir wollen, dass die Eigenständigkeit der Bank ... (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ausflüchte!*)

Moment! Moment! Bis 2017 haften wir für sämtliche Belange. Für 3,1 Milliarden (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: 3,4!*), plus die 300 Millionen noch dazu, also für über drei Milliarden, haftet das Land bis 2017. Hier steht: Bis 2010 können wir uns sozusagen mit

unserem Aufsichtsratsmitglied gegen eine Abgabe, einen Verkauf der Bank Burgenland an Dritte, wehren.

Es wäre uns wichtig gewesen, das zu besprechen und zu sagen: Wir verlangen oder ersuchen euch, dem Vorstand ein Vetorecht vorzubehalten. Ein Vetorecht, das zum Beispiel eine Fusion bis 2017 ausschließt. Das hätten wir ganz gerne gehabt. Das ist nicht passiert.

Wir hätten gerne gehabt, dass sämtliche Finanz- und Beteiligungstransaktionen nicht ungeprüft übernommen werden sollen, wenn es zu einer Fusion, zu einem Zusammenschluss zum Beispiel mit einer der Konzerngesellschaft gehörenden Bank, kommt.

Wir hätten gerne gehabt, dass frühere Geschäfte der Hypo Alpe-Adria nicht anteilig an die Bank Burgenland abzugeben sind, dass man sich genau die problematischen Kredite anschaut, bevor das passiert. Diese Möglichkeit ist durch dieses Nicht-Vetorecht in dem Vertrag ab 2010 bis 2017 eigentlich nicht gewährleistet. Das ist etwas, was uns ganz wichtig gewesen wäre. Es ist leider Gottes nicht passiert. Wir hätten noch andere Vorschläge vorbringen können.

Meine Damen und Herren! Dieser eine Punkt, den Sie immer so wichtig hingestellt haben, ich kann mich erinnern, die Raika war deswegen kein günstiger Partner, weil es wäre die Bestandsgarantie nicht gewährleistet gewesen, und so weiter und so fort. Diese Bestandsgarantie, von der Sie immer reden!

Ich wünsche es uns, Ihnen, dem Land Burgenland, dass diese Bestandsgarantie tatsächlich auch weiterhin bestehen bleibt, damit wir nicht eines Tages in der Früh, im Morgengrauen, wie heute, aufwachen und sagen: Um Gottes willen, was ist da passiert?

Wir hoffen sehr, dass es nicht passiert, aber, meine Damen und Herren, diese Lücke haben wir im Vertrag drinnen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Pehm ist Berichterstatter zu beiden Tagesordnungspunkten.

Bitte Herr Abgeordneter. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Ich verzichte! - Beifall bei der ÖVP*)

Der Herr Berichterstatter verzichtet zu beiden Tagesordnungspunkten auf das Schlusswort, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die beiden Tagesordnungspunkte.

Ich lasse vorerst über den 1. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung in der beantragten Fassung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung in der beantragten Fassung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 2. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, mit dem dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, die Zustimmung erteilt wird.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Dem Aktienkaufvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft sowie der GW Beteiligungserwerbs- und verwaltungs G.m.b.H. samt Anhängen gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1988, mit dem das Landes-Hypothekenbank Burgenland-Gesetz geändert wird, LGBl. Nr. 63/1988, wird somit mehrheitlich die Zustimmung erteilt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 20. April 2006, vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 04 Uhr 11 Minuten